

ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT — alle 14 Tage neu

TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung

minus 79 nummer

(20/89)

12. Dezember 1989

Preis: öS 10. —

Zurück in den Tod?

Drohende Abschiebung von 100 Kurdinnen und Kurden

Am Dienstag, dem 5.12.1989 wurden an der Grenze bei Nickelsdorf 103 KurdInnen — darunter 69 Kinder — aufgegriffen, die in Österreich um politisches Asyl ansuchen wollten. 37 Tage waren diese Menschen unterwegs, bis sie Österreich erreichten. Sie stammen alle aus einem Dorf in der Nähe der kurdischen Stadt Mardin. Die türkische Armee war in ihr Dorf einmarschiert und verlangte von den Männern,

unter dem Kommando der Armee gegen die kurdische Befreiungsbewegung zu kämpfen. Als die kurdischen Männer die Waffenannahme verweigerten, reagierte die Armee mit Terror gegen das ganze Dorf. Laut geltendem türkischen Recht ist die Weigerung der Kurden, mit der türkischen Armee gegen das eigene Volk vorzugehen, strafbar.

Fortsetzung Seite 2

Außerdem:

Graz:
Neues Gesetz — unveränderter
Smog
Seite 6

Vorchdorf:
Mc Donalds wird nicht gebaut
Seite 6

NEUE SERIE:
Häfen in Österreich
diesmal:
Sonderstrafanstalt Favoriten
Seite 10

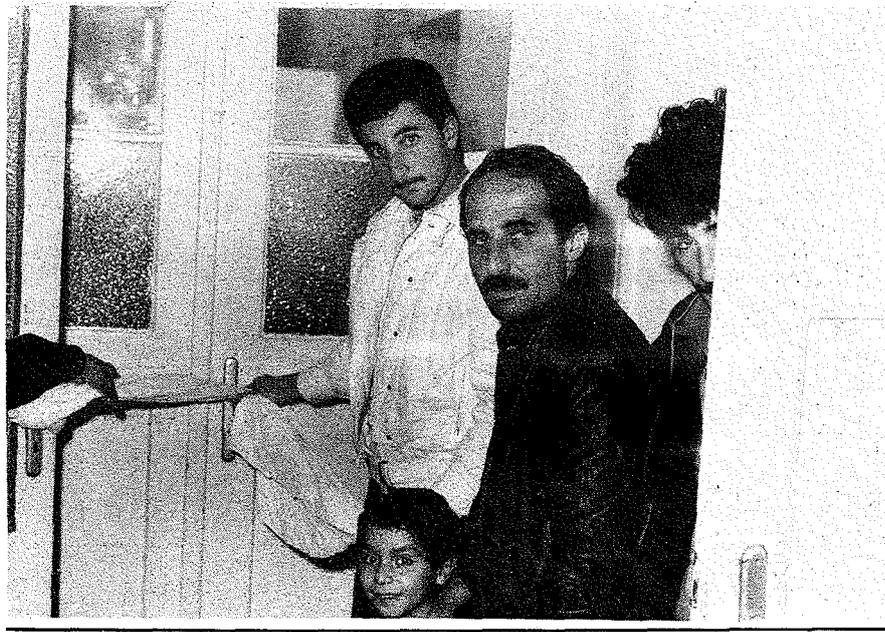
Zum Attentat auf A. Herrhausen:
Das Bekennerrinnenschreiben der
RAF, die »Deutsche Bank« und
ihre Machenschaften
Seite 18

Zur Ermordung einer antifaschistischen
Demonstrantin in Göttingen:
Ein Augenzeugenbericht
Seite 20

Solidarität mit Befreiungsbewegungen:
X minus Y
Seite 22

TATblatt-extra:
Diskussion Opernball '90 — Teil 1
Seite 13

Impressum auf Seite 24



Kraftwerksbaustelle an der Mur besetzt

Seit Donnerstag, dem 30.11. ist die Baustelle des Murkraftwerks "Fisching" bei Zeltweg besetzt. Die Bauarbeiten ruhen.

(BesetzerInnen)
BESETZUNGSSCHRONIK

Seit dem 30.11. befinden sich ständig Leute auf der Baustelle, nicht sehr viele aber dafür umso erfahrene. Es gibt Gerüchte, daß einige BesetzerInnen Beziehungen zu den Pyhrnis haben.

Da die Temperaturen sehr weit unter 0 Grad liegen (bis -13 Grad) wurden bereits sämtliche Vermessungspflöcke, Stipfln u.a.

in Wärme umgewandelt.

Weil wir derzeit sehr wenige BesetzerInnen sind, rufen wir alle auf, sich mit uns zu solidarisieren, und nach Zeltweg zu kommen. Auch diejenigen, die Mitte Dezember das 5-jährige Hainburgjubiläum feiern wollen, sollten zuerst dieses Murkraftwerk bekämpfen.

Fortsetzung Seite 3

Drohende Abschiebung... — Fortsetzung von Seite 1

Über Istanbul, Bulgarien und Rumänien gelangten sie in die Nähe von Budapest, wo sie 25 Tage auf eine Möglichkeit zur weiteren Flucht nach Österreich warten mußten.

In der Nacht auf Dienstag versuchten sie, bei Nickelsdorf die Grenze zu überschreiten. Nach sechs Stunden Marsch durch Bäche, Schnee und Kälte erreichten sie völlig erschöpft das österreichische Staatsgebiet. Da sie teilweise Sommerkleidung trugen (eine schwangere Frau hatte z.B. nur ein dünnes ärmelloses Kleid und Frotteschlappen an), erlitten sie Erfrierungen und versuchten sich an einem Feuer zu wärmen. Dadurch wurde die Grenzpolizei

auf sie aufmerksam. Sie wurden in die Grenzstation verfrachtet. Ein Nickelsdorfer, dem das Gedränge in der Grenzstation auffiel, informierte den Rundfunk. Als die Reporter eintrafen, meinte ein Beamter: "Ginge es nach uns, wären sie schon längst wieder in Ungarn." Nachdem die Öffentlichkeit von diesem tragischen Flüchtlingschicksal erfahren hatte und Proteste beim Innenministerium einliefen, sahen sich die Behörden gezwungen, die 100 Flüchtlinge in der Rotkreuz-Schule in Kaiserebersdorf vorübergehend unterzubringen.

Nach den ersten Vernehmungen durch die Fremdenpolizei stellte sich heraus, daß der Polizeidolmetscher ihre Angaben dauernd verfälschte. Darauf weigerten sie

sich, mit jemandem zu sprechen, der offenkundig im Interesse jenes türkischen Staates tätig ist, vor dem sie gerade flohen. Alle haben bereits einen Asylantrag gestellt. Um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen, traten die Frauen und Männer am Nachmittag des 6.12. in den Hungerstreik (zwei Kinder mußten in ein Spital eingeliefert werden). Eine hochschwangere Frau erklärte: "Wenn ich zurückgeschoben werde, bedeutet das den sicheren Tod. Wenn ich in Österreich kein Asyl bekomme, bekommt dieser Staat meinen toten Körper."

Am Donnerstag versuchten Vertreter des Innenministeriums die KurdInnen dazu zu bringen, daß sie doch nach Traiskirchen fahren sollten. Die KurdInnen verlangten aber eine politische Garantie des Innenministeriums, daß sie nicht nach Ungarn abgeschoben werden (Ungarn ist zwar in allerjüngster Zeit der Genfer Konvention beigetreten, nach ungarischem Asylverfahren hätten sie 14 Tage nach Einreise in Ungarn einen Asylantrag stellen müssen. Danach wird kein Antrag mehr angenommen und sofort abgeschoben. Diese Frist ist versäumt. Das bedeutet: Eine Abschiebung nach Ungarn kommt einer Abschiebung in die Türkei gleich).

Pius Strobl (GRÜNE) machte in einer Auseinandersetzung mit Vertretern des Innenministeriums vor Ort darauf auf-

Warum werden Flüchtlinge aus dem Iran, Kurdistan, der Türkei, Sri Lanka etc. als "Menschen zweiter Klasse" behandelt?

(IGARA)

Dazu Außenminister Mocks Antwort vom 6. Juli 1989 auf eine parlamentarische Anfrage über seinen Besuch in der faschistischen Türkei: Er versicherte, daß "an den Bemühungen der Türkei zur Wiederherstellung und Festigung der Demokratie und zur Achtung der Menschenwürde kein Zweifel besteht"! Für den Außenminister zählt offensichtlich nicht, daß die Machthaber in Ankara einen wahren Ausrottungsfeldzug gegen Kurdistan führen und bei dem mehrwöchigen Hungerstreik von 1.600 fortschrittlichen Gefangenen in letzter Zeit mehrere Menschen ermordet wurden. Mit anderen Worten: Hauptsache, die Kasse stimmt. Die Menschenrechte werden für Schillinge zertrampelt. Die türkische Zeitung *Cumhuriyet* meldete erst Anfang September den Besuch von 32 österreichischen Geschäftsleuten in der Türkei, die sich einiges von dem traumhaften "Investitionsklima" dort versprechen (keine politischen und gewerkschaftlichen Rechte etc.).

Das Massaker an den drei Kurdenführern in Wien darf diese Geschäfte natürlich auch nicht stören. Die Zusammenarbeit klappt perfekt — Österreichs Behörden bereiteten den Mördern pflichtbewußt den Fluchtweg. Darin haben sie ja auch Übung. Proksch und Daimler lassen grüßen.

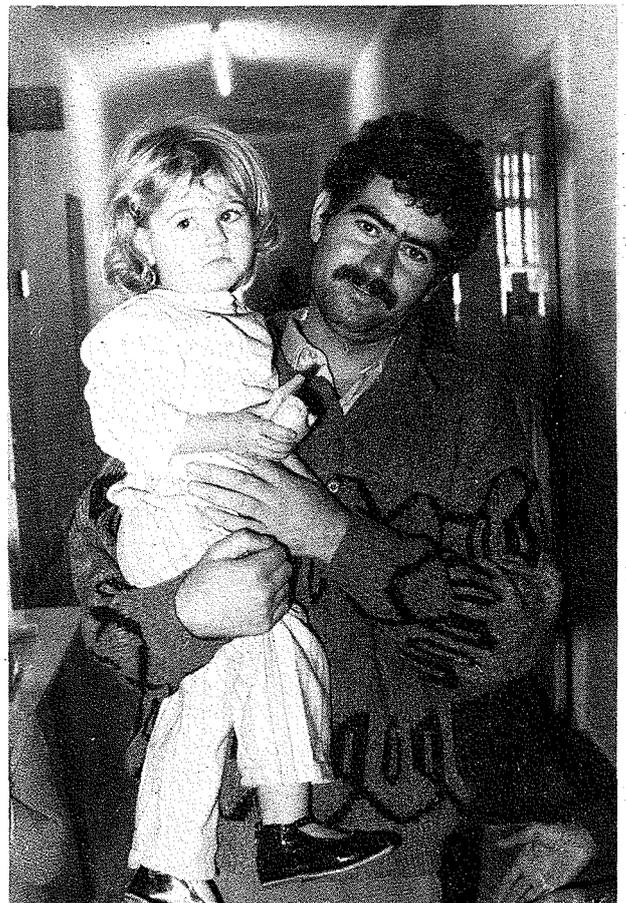
Den Flüchtlingen aus der Türkei, dem Iran, dem Irak oder Bolivien wird auch noch aus folgendem Grund das Asyl in Österreich erschwert oder unmöglich gemacht: Sie könnten ja berichten, daß ihre Dörfer und Städte gerade mit österreichischen Waffen in Schutt und Asche gelegt wurden. Wie die Golf-Hafenstadt

Basra durch Noricum-Kanonen — "Schöne Grüße aus Österreich" nannten die Menschen dort die österreichischen Geschosse. Oder sie könnten anklagen, daß mit österreichischen Kürassier-Panzern gegen streikende Bergarbeiter in Bolivien vorgegangen wurde.

Was zählt, sind nicht Asylgründe wie nationale, religiöse, sexuelle Verfolgung. Die politischen Flüchtlinge werden nach ihrer politischen und wirtschaftlichen "Verwertbarkeit" "anerkannt". "Gesunde Facharbeiter" aus dem "europäischen Kulturkreis" wiegen da unvergleichlich mehr als durch Folter und Gefängnis erkrankte und geschädigte Menschen aus Eritrea oder Paraguay.

Dagegen müssen wir unsere *grundsätzliche Solidarität* mit den von Imperialismus und Faschismus politisch Verfolgten stellen. Wenn hier in Österreich was passieren soll, um die von Imperialismus und Faschismus politisch Verfolgten zu unterstützen, so müssen wir *selbst* das tun. Macht euch nicht mitschuldig, schaut nicht zu.

Verhindert Abschiebungen — helft den Flüchtlingen, ins Land zu kommen und schützt sie!



merksam, daß in Traiskirchen die Exekutive jederzeit die KurdInnen nach Ungarn befördern könnte, was sie hier im Rotkreuzheim wohl nicht machen könnten. Reaktion von Ministerialrat Funiok: "Das könn ma ja da auch machen".

Diese Äußerung hörten auch die anwesenden Rot-Kreuz Menschen, und sie stellten in nachfolgenden Gesprächen mit uns fest, daß die Polizei auf gar keinen Fall die KurdInnen aus ihrer Schule abtransportieren könnte; "wenn das passiert, kann der Löschnak gehn".

Um für den Abtransport gerüstet zu sein, standen den ganzen Tag über vor der Rotkreuz-Schule zwei Reisebusse bereit, während deren Fahrer in der Schule auf ihren Einsatz warteten. Um 22.00 wurden die Kurdinnen und Kurden in den Reisebussen nach Traiskirchen verfrachtet, nachdem Löschnak mündlich zugesagt hatte, daß die Flüchtlinge vorläufig nicht abgeschoben würden.

Nach letztem Stand (Freitag abend) haben bereits für einige Flüchtlinge Erstinterviews¹ stattgefunden; der RA Heinrich Vana wurde mit Vollmachten ausgestattet, um das Asylverfahren für die Flüchtlinge abwickeln zu können.

Während die Flüchtlinge das Asylverfahren mit (kurdischsprachigen) Dolmetschern ihres Vertrauens abwickeln wollten, wurden ihnen von den Behörden türkischsprachige Dolmetscher zugeteilt. Das Totschweigen des kurdischen Volkes und seiner Sprache wird auch von der österreichischen Staatsmacht fortgesetzt². Obwohl "echte Kurden" angeblich eine größere Chance haben, Asyl zu bekommen, werden die Erstinterviews in türkischer Sprache geführt. Nur wenige der Flüchtlinge beherrschen diese Sprache.

Vorläufig befinden sich die Leute in totaler Isolation von der Außenwelt — außer den Behörden. Presse und ORF dürfen nicht mit Flüchtlingen sprechen; selbst den beiden kurdischen Dolmetschern, die bisher wenigstens einen Rest an Kontakt aufrechterhielten, wurde mit Aussperrung gedroht.

Nach wie vor besteht Gefahr, daß die Gruppe zersplittert und stillschweigend ein Teil der Flüchtlinge abgeschoben wird. Eigens für diese Gruppe von Flüchtlingen soll das Schnellverfahren, das bisher nur für polnische und ungarische Flüchtlinge angewendet wurde, auch für EmigrantInnen aus der Türkei eingeführt werden. Bisherige Erfahrungen zeigen, daß die Ablehnungsquote im Schnellverfahren fast 100% beträgt. Die derzeitige Situation läuft sich somit auf eine kurzfristig abgeschobene, aber nicht abgewendete Abschiebung hinaus.

Die für 12.00 in Kaiserebersdorf geplante Kundgebung wurde kurzfristig nach Traiskirchen verlegt: Rund 70 Personen protestierten um 14.00 gegen das Verhalten des Innenministeriums und forderten eine sichere Asylzusage für die Kurdinnen

und Kurden, die Aufhebung der Kontaktsperre, geeignete DolmetscherInnen und die Bereitstellung von Wohnungen.

Kleidung, Schuhe, Spielzeug — Spenden für die Flüchtlinge sind sehr, sehr notwendig. Sie sollten im ATIGF Lokal in der Münzwardeingasse 5, das von Leuten aus Kurdistan und der Türkei betrieben wird, abgegeben werden. Finanzielle Unterstützung kann über das Konto der UII, PSK Kto.-Nr. 754.7212, mit beiliegendem Abrechnungsschein geleistet werden. WICHTIG: Unter Zahlungszweck "Kurdische Flüchtlingskinder" eintragen!!

1 Nach der Stellung des Asylantrages wird in der "Überprüfungsstation" des Lagers Traiskirchen eine "Ersteinvernahme" durchgeführt. Dazu gehört auch eine erkennungsdienstliche Behandlung (Fingerabdrücke, Fotos). Diesem Gespräch kommt im Verlauf des Verfahrens entscheidende Bedeutung zu. Trotzdem haben die Flüchtlinge nicht einmal Anspruch auf einen beeideten Dolmetscher; es genügt, wenn die Behörde eine "der fremden Sprache mächtige Person" bezieht.

2 So auch im bundesdeutschen 129a-Prozess gegen PKK-Mitglieder und Sympathisanten

Baustellenbesetzung an der Mur

Fortsetzung von Seite 1

Der Zeitpunkt der Aktion scheint ideal gewählt, den laut Österreichs Zeitungen ist die Executive derzeit, wegen der Frächter, völlig ausgelastet.

Am 4.12. kam es zu ersten Handgreiflichkeiten zwischen Bauarbeitern und BesetzerInnen, welche auch schon die Zufahrten verbarrikadiert hatten.

Bei einem Gespräch am Donnerstag, 7. Dezember, zwischen BesetzerInnen, STEWEAG und Bezirkshauptmann forderten erstere die Einsetzung einer Ökologiekommision und eine sofortige Nachdenkpause. Die STEWEAG meinte, sie hätten ohnehin alle Rechtsgrundlagen, da bedürfe es keiner Ökologiekommision, und zum Nachdenken sei nicht viel Zeit.

werkbaues, fehlenden Wasserstandwechsel wird die Sauerstoffzufuhr verringert und so das Grundwassers beeinträchtigt.

Dieses KW-Projekt der STEWEAG sieht außerdem eine Uferbegrünung, sowie künstliche Buchten und Inseln, nach dem Verbundlogan "Heimisch an unseren Stauseen" vor

ZUR (ENERGIE) POLITIK:

Ein Judenburger VGÖgrüner Gemeinderat arbeitet mit der STEWEAG zusammen. Für das Kraftwerk! Das, obwohl er wohl selbst weiß, daß heutzutage keine Großkraftwerke mehr nötig und ohnedies immer weniger durchführbar sind. Das einzige Problem ist, daß dieser VGÖgrüne



Bei Eintipp-Schluß ist noch unklar, wie es weitergehen wird: Wird die STEWEAG versuchen mit allen Mitteln ihr Projekt durchzusetzen, oder wird sie sich Zeit nehmen, um nachzudenken? Die Antwort auf all diese Fragen erhalten Sie an der Mur (wo genau, erfahrt ihr unter [?] den unten angeführten Fernsprechanhängen).

DAS PROJEKT:

12 wertvolle Murkilometer sollen einem Stausee und einem Kanal weichen. Dadurch werden mehrere Fischarten bedroht, die in Österreich auf der Roten Liste stehen: Huchen, Äschen und Neunaugen. Durch den, im Falle eines Kraft-

Mensch heimische KW-Gegner verunsichert. Deshalb müssen hier alle helfen das KW doc! noch zu verhindern.

P.S.: Nehmtz alle viel warmes Gwand, Isomatten und Schlafsäcke mit. Mobilisiertz noch andere Leute, damit die STEWEAG bald die Hose voll hat und sich zurückzieht.

Kontaktnummern:

Richard: 03577/23784

Erwin: 03577/24937

Alternivreferat BOKU: 0222/342500-661 oder -686

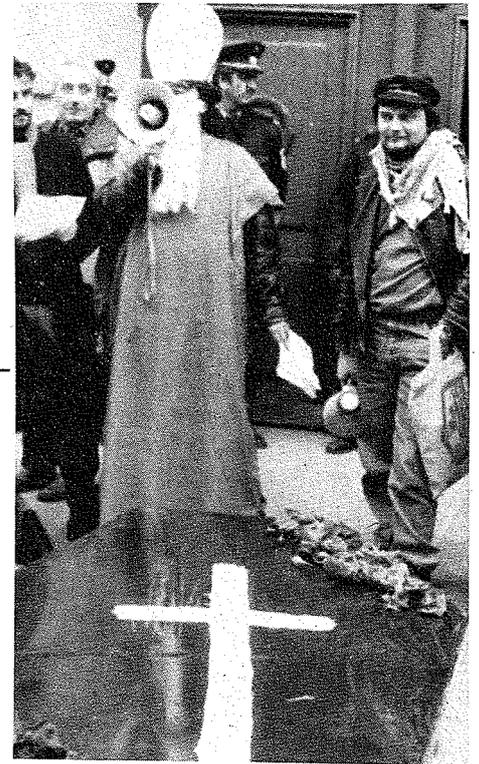
PPS: Gerüchtenzufolge plant die STEWEAG bereits (auf dem Reißbrett!!) einen Bauzaun (Wackersdorf lebt!)

Universitäten: Zu Tode reformieren

Gegen die geplanten Reformen an den Hochschulen fand am Dienstag, dem 5. Dezember, ein Aktionstag statt.

(TATblatt-Wien)

Während Busek die Privatrechtsfähigkeit von universitären Einrichtungen und den Uni-Status für private Bildungseinrichtungen etablieren will (und dazu äußert, dafür hätten ohnehin nur die Landesregierungen genug Geld und Interesse), tragen die StudentInnen ihre Hoffnungen auf eine menschengerechte Uni symbolisch zu Grabe. Und während im Hintergrund klammheimlich die industriegerechte Uni installiert wird, denkt Busek in der Öffentlichkeit laut über Studiengebühren nach.



Zur sozialen Lage der Studierenden

(SPID)

Den Anforderungen einer wirtschaftlichen, sozialen und wissenschaftlichen Weiterentwicklung wird durch ständigen Abbau sozialer Leistungen nicht entsprochen.

So liegt der durchschnittliche Anteil der AkademikerInnen an den Berufstätigen in Österreich weit unter dem OECD-Durchschnitt. Ein Beispiel für die drastischen Verschlechterungen stellt die Familienbeihilferegulierung dar. Sie war einer der Gründe für den StudentInnenstreik im Herbst 87. Rund 17.000 StudentInnen verloren, falls sie keine individuellen Gründe (Krankheit, Zivildienst, etc.) für Studienverzögerungen angeben konnten, ab dem 25. Lebensjahr insgesamt 4.300 Schilling im Monat. Die letzte Novelle des Studienförderungsgesetzes brachte eine völlig unzureichende Erhöhung der Stipendien, die gerade die Inflation der letzten Jahre abdeckt; der BezieherInnenkreis wurde weiter eingeschränkt. Der Anteil der StipendienbezieherInnen unter den Studierenden ist inzwischen auf 6,9% gesunken. Einschließlich der Familienbeihilfe steht einem durchschnittlichen Bezieher oder einer durchschnittlichen Bezieherin ein Betrag von 4.100 Schilling im Monat zur Verfügung.

Auch die Subventionen für Heime wurden von 65 Mio auf 53 Mio Schilling gesenkt. Innerhalb von drei Jahren stiegen die Heimpreise um 20%. Die Mieten auf dem Wohnungsmarkt steigen nach wie vor, mittlerweile kommen jedoch bereits 9,5 HörerInnen auf einen Heimplatz. Die Subventionen für Mensen wurden ebenfalls gekürzt — von 10,6 Mio auf 8,7 Mio im Zeitraum von 1986 bis 1988.

Jüngstes Beispiel für diesen scheinweisen Abbau sozia-

ler Leistungen stellt die Streichung der Gebührenbefreiung für Telefon und Fernsehen dar, die bis zu 30.000 Studierende betrifft.

Für promovierte AkademikerInnen stellt sich auch die Arbeitsmarktsituation katastrophal dar. Für Geschichte/GermanistiklehrerInnen besteht in Wien Aufnahme-stopp bis 1995, in anderen Lehramtsfächern geht es nicht besser. MedizinstudentInnen müssen in Wien trotz krassem Fachärztemangel bis zu fünf Jahre auf einen Turnusplatz warten. Zwischen Absolvierung und Anstellung sind arbeitslose AkademikerInnen weder unfall- noch krankenversichert.

Die aktuellen Daten sprechen Bände: So stieg von Juni 1988 auf Juni 1989 die Anzahl der vorgemerkten arbeitslosen AkademikerInnen um 8,4% — trotz hervorragender konjunktureller Entwicklung. Besonders betroffen sind Frauen, deren Vormerkungen sogar um 17,7% stiegen. So stehen 3.289 Arbeitslosen ganze 518 offene Stellen gegenüber. Die Dunkelziffer jener AkademikerInnen, die nicht ihrer Ausbildung adäquate Stellen besetzen, ist kaum festzustellen, dürfte aber sehr hoch sein. Eine ähnliche Pufferfunktion erfüllen hinausgezögerte Dissertationen und Diplomarbeiten etc..

Noch immer hängt vom Uni-Streik 1987 das Trauma einer unbewältigten Niederlage an, noch immer werden Aktionen daran gemessen, was 1987 schon nicht ausreichte. Doch während es damals für Staat & Kapital darum ging, Sozialabbaumaßnahmen¹ für ein Wendebudget durchzusetzen — politisch leicht vermittelbar und mit einer breiten Betroffenheit —, stehen nun inhaltliche Veränderungen ins Haus: die Ermöglichung direkter Einflußnahme der Wirtschaft auf die Unis — rechtliche Maßnahmen ohne sofort sichtbare Auswirkungen. Entsprechend geht auch die Mobilisierung einher mit einer Verbesserung des Informationsstandes der Studierenden. Während bislang die Probleme und Kämpfe einzelner Studienrichtungen zeitweise bestenfalls in einigen ÖH²-Zeitungen Niederschlag fanden, sind mittlerweile Anzeichen gemeinsamen Vorgehens erkennbar. Trotzdem ist das Fehlen einer Diskussion über widerständige Strategien und linke Hochschulkonzepte offenkundig, und als dessen Folge weitgehende Orientierungslosigkeit und reaktive Politik. Trotzdem gilt für viele AktivistInnen immer noch: die Studentin/der Student, das politisch unkalkulierbare Wesen. Aber es gilt auch noch: Einer der schlimmsten Fehler ist das Überschätzen der eigenen Ohnmacht.

¹ siehe auch Kasten.

² Österreichische Hochschülerschaft

Verfassungsgerichtshof gibt PyhrndemonstrantInnen Recht: Einsatz von Hunden war Verletzung der Menschenrechte.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, daß der Einsatz von Diensthunden gegen gewaltfreie DemonstrantInnen eine Verletzung der Menschenrechte ist, könnte weitreichende Konsequenzen für weitere Einsätze der Exekutive haben.

(TATblatt-Graz)

DER TATBESTAND

Im Zuge der Protestaktionen gegen den Bau der Pyhrnautobahn kam es immer wieder zu Übergriffen der Gendarmerie gegen DemonstrantInnen. Mangels Beweismaterials konnte die Gendarmerie jedoch nie vor Gericht belangt werden.

Die Gendarmerie reagierte auf die Proteste gegen den Bau mit immer härteren Maßnahmen: So wurden schließlich die Baustellen umzäunt. Im September 87 wurden auf der Baustelle in Voitsdorf (OÖ.) zum ersten Mal Diensthunde ohne Beißkorb im Baugelände frei laufen gelassen. Auf dieser Baustelle planten die DemonstrantInnen, die Kräne zu besetzen und sich abseilen zu lassen.

Bei dem Versuch, im Baugelände Maschinen zu besetzen wurden Günther S. und Roswitha P. von Gendarmen Hunde nachgehetzt. Beide verhielten sich in dieser Situation sofort ruhig und bewegten sich

nicht. Trotzdem wurde die Hetzjagd weitergeführt (unter anderem mit dem Befehl "faß, faß"). Beide wurden von den Hunden verletzt - ein Gendarm schlug Roswitha P. danach noch mit einem harten Gegenstand auf den Kopf.

EIN PRÄZEDENZFALL

Die beiden Personen klagten sozusagen stellvertretend für viele andere, da ihre Fälle chancenreicher waren (es gab z. B. Beweisfotos).

Die Klage richtete sich gegen das Innenministerium, da von diesem die Weisung ausgegangen war, Hunde einzusetzen. Geklagt wurde aufgrund der Menschenrechtskonvention.

Der Anklage wurde Recht gegeben: Der Einsatz der Hunde gegen Roswitha P. und Günther S. verletzte ihre Menschenrechte insofern, als sie einer "unmenschlichen" bzw. "erniedrigenden Behandlung unterworfen" worden waren. Der Einsatz von Diensthunden ist im Waffengebrauchsgesetz geregelt und rechtfertigt keine Aktionen gegen gewaltfreie DemonstrantInnen.

Die Zusammensetzung des diesen Akt behandelnden Gremiums des Verfassungsgerichtshofes läßt auf die Bedeutung des Urteils schließen. So wurde die Sitzung vom Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes geleitet.

BLECHAS ROLLE

Am 5.11.87 stellten die Grünalternativen im Parlament eine Anfrage an Innenminister Blecha, in der sie unter anderem wissen wollten, ob er den Einsatz von Hunden gegen friedliche DemonstrantInnen im Sinne des Waffengebrauchsgesetzes für gerechtfertigt halte. Dieser meinte damals, daß der "scharfe Einsatz von Diensthunden gegen Demonstranten, die sich gewaltfrei verhalten, zweifellos nicht erfolgen wird." Er bezeichnete das Überklettern von Bauzäunen als nicht gewaltfrei und rechtfertigte damit den Einsatz. Dieser Auffassung widerspricht nun das Urteil des Verfassungsgerichtshofes.

1. Bauerntagung: Transitverkehr kontra Bauernstand

(ARGE Bauern für's Krimstal, gekürzt)

Am 8. Dezember trafen erstmals Bauern und Bäuerinnen aus ganz Österreich zusammen, um den Grundstein für einen gemeinsamen Widerstand gegen die Transitlawine zu setzen. Die Bäuerinnen und Bauern akzeptieren nicht länger, daß ihre Existenzgrundlage für Transitautobahnen geopfert wird — es organisierten sich BäuerInnenvereine gegen die Pyhrnautobahn in Oberösterreich und der Steiermark, die Welser Westspange, die Ostautobahn, im steirischen Ennstal und andere.

Während einerseits Zwangsenteignungen zum Bau weiterer Transitrouten im Interesse der Europäischen Industriellen

(European Roundtable of Industrialist) ausgesprochen werden, verkündet Bundesministerin Flemming aufgrund einer Studie, daß landwirtschaftliche Produkte bis 50 Meter von der Autobahn nicht genutzt werden sollen.

Dipl.Ing. Winfried Hofinger von der Tiroler Landwirtschaftskammer und Vorsitzender des Naturschutzbeirates der Tiroler Landesregierung fordert: "*Mut zum Gesetzesbruch, wenn die Behörden gegen die Interessen des Landes handeln! ... Ich wünsche unserem Land, seinen Bürgern wie der gesamten Natur viele mutige Menschen, die den Mut und die Ausdauer zum Aufstand haben!*"

In Graz stinkt es zum Himmel! Neues Gesetz — Smog unverändert!

Schon seit Jahren macht die Luft in der Stadt Graz ihren BewohnerInnen das atmen und dadurch das Leben schwer. Erst durch mehrere "Smogalarme" im vorigen Winter wurde das Thema Luft in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt.

(TATblatt-Graz)

Eine freundliche Frauenstimme erklärt via Tonband und Telefon (Grazer Kurzurufnummer 1526), daß zur Zeit an keiner Meßstelle im Raum Graz "außergewöhnliche" Schadstoffkonzentrationen auftreten. Lediglich zwei — der insgesamt sechs — Meßstellen vermelden eine Ozonkonzentration von 0.002 mg/Kubikmeter bzw. 0.001 mg/Kubikmeter. Die Bedeutung dieser Zahlen bleibt aber den meisten GrazerInnen verborgen. Die Telefonstimme wirkt beruhigend. So schlimm kann es ja nicht sein.

Schon 1982 erarbeitete ein Team von Wissenschaftlern eine Studie mit dem Titel "10 Jahre Grazer Luft — Beobachtungen". Es blieb aber bei einer Bestandsaufnahme der herrschenden Verhältnisse, ohne daraus Konsequenzen zu ziehen. Drei Faktoren beeinflussen die Luft im Raum Graz erheblich: Industrie und Gewerbe, Hausbrand und der Individualverkehr. Statt das Übel an seiner Wurzel zu bekämpfen, wird die Schuld an der Luftsituation aber nur auf die/den einzelneN BewohnerIn der Stadt abgewälzt. Bei Smogalarm sieht der Gesetzgeber z.B. die Verhängung von Fahrverbot für Pkw ohne Katalysator vor. Die Verbesserung des öffentlichen Verkehrsnetzes läßt aber nach wie vor auf sich warten. Menschen, die mit Holz oder Kohle heizen, sollen bei Smogalarm ihre Öfen zurückdrehen. Die Alternative zur Individualheizung — Fernwärme — wird aber auch in nächster Zukunft für viele einfach unerschwinglich bleiben.

Die bisher von Seiten der PolitikerInnen getroffenen Maßnahmen sind absolut wirkungslos. Da durch das neue Immissionsschutzgesetz für diesen Winter ein Smogalarm für Graz praktisch unmöglich gemacht wurde, dürfte auch das Interesse der/des Einzelnen an der Grazer Luft rasch wieder nachlassen. Das Ausbleiben der verschiedenen Alarmstufen macht aber die Luft nicht besser. Hier wurden nur die Kriterien für das Auslösen eben dieser Alarmstufen verändert. Hat es im letzten Winter erreicht, wenn eine Meßstelle im Raum Graz einen Spitzenwert überschritt, so muß dieser Spitzenwert heuer von mindestens zwei Meßstellen über einen Zeitraum von mindestens drei Stunden überschritten werden. Wenn dann die Wetterprognose für die nächsten 12 Stunden keine Verbesserung verspricht, wird Smogalarm ausgelöst.

Wir wünschen uns keinen Daueralarm

für Graz, aber mit dem neuen Bundesgesetz wurde ein weiterer Schritt unternommen, um das Problem mit der Luft weiter unter den Teppich zu kehren.

Es stinkt nach wie vor in Graz! Daran wird so schnell kein Gesetz etwas ändern. Wer hier (über)leben will, muß sich selbst engagieren!



Vorchdorf: Mc Donalds wird nicht gebaut (JUCHEE !)

(Das geplante Mc Donalds Fast-Foodlokal mit angeschlossenem Mc Drive wird nicht gebaut. Offiziell ausschlaggebende Gründe hierfür sind der nicht genehmigte Werbeturm, der auf einer noch nicht bebauten Fläche errichtet werden hätte sollen, und der nicht genehmigte Rund-um-die-Uhr-Betrieb (von 22.00-6.00 Uhr hätte geschlossen werden müssen).

TATblatt-Linz, TATblatt-Wien)

Diese Gründe seien für das Fallenlassen dieser weiteren Filiale ausschlaggebend gewesen. Doch mensch kann behaupten, daß ohne den Protest der Vorchdorfer Bürgerinitiative wahrscheinlich die Einschränkungen des Bauvorhabens nicht so streng (Werbeturmverbot, Betriebszeiteinschränkung) ausgefallen wären. Und das Mc Donalds jetzt den Bau gestoppt hat, hängt sicher auch mit der Wehrhaftigkeit

einiger VorchdorferInnen zusammen. Denn in Vorchdorf ließen sich nicht alle dieses Vorhaben gefallen, und wegen der fehlenden Akzeptanz wäre für Mc Donalds diese Filiale eher Negativ-Werbung als Profit gewesen. Doch mensch darf sich von diesem Erfolg nicht täuschen lassen, denn Mc Donalds wird weiter versuchen das Filialennetz zu verdichten, und zwar gerade dort wo mit wenig Widerstand zu rechnen ist.

El Salvador Solidarität in Linz

(TATblatt-Linz)

Die Schweinereien, die tagtäglich in El Salvador passieren, drangen sogar bis Linz vor. Noch verblüffender war allerdings, daß zumindest zwei Menschen auch auf die Idee kamen, etwas solidarisches zu unternehmen. Zu diesem Zwecke sollte eine in unserer schönen Stadt schon fast vergessene politische Aktionsform wiederbelebt werden.

Am 21.11.89 fand ein Vorbereitungstreffen statt, bei dem sich die unheimliche Zahl von ca. 15 Personen beteiligte. Die Runde entschied sich bald, trotz verschiedenster Einschätzungen bezüglich des Erfolgs, der Öffentlichkeitsarbeit, des Termins und überhaupt, zu einer DEMO.

Das revolutionäre an der ganzen Aktion war, daß das linke Spektrum entgegen der üblichen Vorbehalte sich sammelte, um gemeinsam für eine Sache zu agieren. Formal sah das folgendermaßen aus: als offizielle Aufrufer fungierten das ASK (Antiimperialistische Solidaritätskomitee) und das ÖIE (Österreichisches Institut für Entwicklungspolitik), alle anderen manifestierten sich als UnterstützerInnen. Darunter befanden sich im einzelnen folgende: Gewerkschaftsjugend OÖ, Nicaragua-Komitee, SJ OÖ, KJ OÖ, Kinderland OÖ, BDF OÖ, Libertäres Plenum Linz, Freie Arbeiterunion, Bund Demokratischer LehrerInnen OÖ, Pflastersteine, Demokratische Partei Kurdistan-Re-

volutionäre Führung-Iran, KP Linz, TATblatt, KSV Linz, VSSTÖ Linz, GLB OÖ, Ausländerreferat der ÖH Linz, Junge Neuros, Studentenvertretung der theologischen Hochschule.

Am 29.11. um 17.00 Uhr gings los. Vom Schillerpark aus wurde die Landstraße bis zum Taubenmarkt durchschritten. Die eisige Kälte mag sowohl für das Eilzugstempo als auch die düstere Stimmung

verantwortlich gewesen sein.

Die Zahl der DemonstrantInnen betrug nichts desto trotz beachtlicherweise 300. Diese widmeten bei der Abschlussskundgebung Hans Wührer (Betriebsseelsorger der VÖEST), Inge Jäger (ÖIE) und Veronika Mandorfer-Reisenberger (El Salvador Komitee) ihre volle Konzentration.



Und noch zwei mal Mc D.:

Mc Donalds in Ungarn

Laut Presse ist die Filiale in der Pester Innenstadt die meist Besuchteste der Welt. Im heurigen November ist die Eröffnung eines weiteren Fastfoodtempels am Budapest Hauptbahnhof geplant, für eine dritte Kotzstätte wird bereits ein Tender gesucht. 1990 wird ein Mc Mörder in Győr — drittgrößte Stadt Ungarns — in Betrieb genommen. Weitere Expansionen sind vorgesehen: pro Jahr ein Plastikgeschäft in der Hauptstadt und eins in den Provinzen.

Mc Donalds in der UdSSR

Am Puschkinplatz werden bald Kotzburger und Cola-wäh erhältlich sein. Dieses Schnellfreß wird das Größte der Welt sein. Siebenhundert Sitzplätze, dreißig Kassen- pro Tag sollen zwölftausend Kunden gefüttert werden. Der Preis für einen Big- Mäc wird ca. drei Rubel betragen, d.h. einen durchschnittlichen Zweistundenlohn. Einige organisatorische Probleme gibts allerdings insofern, als einige Produkte am sowjetischen Markt nicht erhältlich sind, z.B. das Geliermittel Petkin. Die notwendigen Devisen für den Import

sollen in einer zweiten Filiale verdient werden, die Gästen mit harter Währung vorbehalten bleibt.

Zur Herstellung der gesunden Nahrungsmittel- von Eis bis Pommes Frites- wird eine zehntausend m2 große Fabrik gebaut. Diese wird zwanzig "Restaurants" versorgen können. Insgesamt werden in der Fabrik und dem Lokal ca. 650 ArbeiterInnen beschäftigt sein- für die ansäßige Bevölkerung ist es eine Ehre, dort arbeiten zu dürfen. Das Kommentar des Moskauer Gaststättenchefs Malyschkow: "Warum soll eine perfekte wirtschaftliche Organisation im Widerspruch zu unserem System stehen? Mc donalds ist für uns auch ein gutes Beispiel dafür, wie Restaurants zu organisieren sind."

GUUUUTEN APPETIT !!!

Zur Bekämpfung der Rechten Diskussion eines Antifa(?) - Flugblattes

(TATblatt-Linz)

Dieses ominöse Plakat wurde in Linz vor der Irving-Veranstaltung gefunden, entfernt, zerissen, bespuckt und bediskutiert.

Auf den 1. Blick schien es für die meisten tatsächlich ein Faschoplatkat zu sein, aber dann entdeckten einige das zerbrochene Hakenkreuz, andere das "T" bei HeiT und das eingeringelte A, ja letztendlich gaben die besonders Intelligenten zu bedenken, daß die Namensnennung von Gerulf Stix ihm und seinen Freunden vielleicht doch eher peinlich sein könnte.

Das Phänomen bedurfte also einer eingehenden Analyse. Es ergab sich zunächst aufgrund unserer Recherchen, daß Gerulf Stix wirklich bei der Bundeshauptmannschaft Waizenkirchen als Verantwortlicher zeichnete. Nach langen, umfassenden Überlegungen bot sich als des Rätsels Lösung nur noch eine an: Es handelte sich um ein getarntes Antifa-Plakat. Wenn unsere Gedankenkonstruktionen stimmten, so müßten folgende Umstände zu dieser Art von Plakaten geführt haben. Bei den TäterInnen handelte es sich vermutlich um Anarchos (siehe A). Diese müssen sich wieder einmal überlegt haben, wie sie wohl möglichst viele Menschen mobilisieren könnten. Sie müssen also vor diesem alten Problem gestanden und den Geistesblitz, es von der anderen Seite anzupacken, gehabt haben. Die Grundüberlegung war demzufolge, eine möglichst intensive Reaktion bei den Beschauenden hervorzuführen. Wie toll das üblicherweise funktioniert, dürfte ihnen anscheinend klar gewesen sein. Deshalb versuchten sie erst gar nicht, den Leuten zu erklären, sie sollen etwas Gutes tun und gegen diesen vaschischen Nazi demonstrieren. Nein, sie hofften unserer Interpretation nach schlicht und einfach, daß der durchschnittliche Hausverstand bei solchen Zeilen zu denken beginnen könnte. Sie müssen in einem grenzenlosem Optimismusanfall gehofft haben, das Gewohnheitstier aus seinem Trott reißen zu können.

Nun als Beispiel diene unseren Antifa-FreundInnen die Gesinnung von Gerulf Stix, nämlich diese in ihr entsprechende Worte zu kleiden, und ihm in die Schuhe zu schieben, was er ohnehin tagtäglich verschleiert propagiert.

Einige Menschen vertraten die Meinung, daß solche linguistischen Auswüchse durchaus Leute ansprechen können, bzw. eine Verbreitung des Gedankengutes darstellen. Darauf wurde von anderer Seite argumentiert, daß die Reaktion im eingetretenen Falle einer Demaskierung der klein- oder großbürgerlichen

Smile-Gesichtern gleichzusetzen wäre und mensch diese Wahnsinnigen dann wenigstens sprengen könnte.

Zu guter allerletzt müssen wir wohl anmerken, daß uns die VerfasserInnen des Plakats gänzlich unbekannt sind, sowie die Gerulf Stix betreffenden Behauptungen sich nur auf Vermutungen basierenden, jedoch konsequenten Schlußfolgerungen der zu analysierenden Schmähschrift stützt, und wir uns natürlich davon distanzieren, unseren gemeinsamen Volksvertreter irgendwie beleidigen oder in eine braune Scheiße ziehen zu wollen. (Dieser Satz ist aber verdammt lang. Die Aussage hätte mensch in mehreren Sätzen besser vermitteln können. Anmerkung des Tipplers)

Wir glauben, daß sie dieses Schockieren mit Mobilisieren gleichgesetzt haben. Die Abwehrreaktion zeigte sich für uns allerdings primär dadurch, daß diese Schriftstücke nur kurz am Linzer Plakatmarkt kursierten — vielleicht war das auch ein beabsichtigter Effekt.

Es erscheint uns weiters unlogisch, daß sie bei all dieser Verharmlosung und Integration von faschistoidem Gedankengut die Dinge beim Namen nannten. (Das

unser demokratischer Staat rechtsextreme Vorfeldorganisationen wie z.B. den Österreichischen Turnerbund ÖTB subventioniert, oder der unparteiische Rechnungshofpräsident Tassilo Broesike der Deutsch-Nationalen Zeitung zum 15. jährigen Bestehen gratulierte. Oder das z.B. Hans Pretterebner (Lucona) aufgrund seiner einschlägigen Haltung 1980 aus der ÖVP ausgeschlossen wurde ist ja altbekannt. Das alles eigentlich nur Randbemerkungen, weitere interessante Informationen finden sich im Standardwerk hierzu: Rechtsextremismus in Österreich nach 1945 vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands.)

Im Zuge einer objektiven Berichterstattung gilt es weiters, darauf hinzuweisen, daß der Linzer Bahnhofswirt Irving nicht reden lassen wollte, weil er links- und rechtsradikale Ausschreitungen befürchtete.

Ein wirklich letztes Detail erscheint uns noch bemerkenswert: Am Gemeindeamt Waizenkirchen nahm ein Beamter die Prostanrufe folgendermaßen hin: "I find des net oarg, daß der Irving redt, weil di Kommunistsn jo a wos sogn deafm."



Heil^T Irving

am

7. November

Der angelsächsische Waffenbruder David Irving bereist die Ostmark und referiert als nimmermüder Kämpfer gegen die Lügen des Sozialismus und gegen die Besudelung des arischen Volkstums.
Trotz Einreiseverbots 1984 besann sich nun der ostmärkische Rechtsstaat auf seine völkischen Pflichten, ihn einreisen zu lassen und ermöglichte Irving damit, die Wahrheit über das III. Reich zu verkünden.
Rudolf Heß für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen, mag als Beispiel für seine Teutschverbundenheit dienen.
A) narchistische und kommunistische Volksschädlinge, asoziales Gesindel und verbündeter Abschaum ekeln David Irving dermaßen an, daß er seine Volksansprache in einem naturnahen, urtümlichen Landbezirk halten wird.
Wir hoffen, daß sich viele starke und aufrechte Mitstreiter finden, um sich zu diesem historischen Ereignis zu treffen.

Ort : Gasthof "Zum weissen Lamm" Kienzlstr. 1, Waizenkirchen
Tel. : 07277/22 09

Teutschland über Alle!

gezeichnet: Euer Kamerad
Gerulf Stix
(Abs. d. FPÖ)

IMPRESSUM: Hart, Zäh und Fink,
Postfach 4020 LINZ
EIGENVERVIELFÄLTIGUNG

Soziale Minderheitenpolitik

(TATblatt-Wien)

Zu den Problemen der Minderheiten, wie ethnische, soziale, nationale, usw., entwickelte sich in den 70er Jahren in Europa die Gemeinwesenarbeit (GWA), als sanfte Methode mit Minderheiten "umzugehen". Grundsätzlich ist GWA eine soziale Methode zur Behandlung und Lösung von gesellschaftlichen Problemen. Sie soll die Grundlage für gesellschaftliche Veränderungen sein, und zwar auf der Basis der Selbstorganisation und Zusammenarbeit, soweit es möglich ist, mit allen Betroffenen. Heute versteht man/frau unter GWA Sozialplanung, Kommunalpolitik, Stadtteilplanung, usw. Somit sind verschiedene Berufsgruppen wie SozialarbeiterInnen, ArchitektInnen, LehrerInnen, PolitikerInnen, etc damit verbunden. Grundidee wäre nun, daß in einem Stadtteil oder Dorf diese Berufsgruppen alle miteinander für die Gemeinschaft in deren Interesse zusammenarbeiten, wobei dieses Interesse von einer Berufsgruppe bestimmt wird, nämlich den PolitikerInnen. GWA würde von der Grundidee aber bedeuten, daß die Leute mehr Einfluß auf ihren Lebensbereich haben, als nur alle paar Jahre Stimmzettel abzugeben. Real ist es aber derzeit so, daß Bevölkerungsgruppen, die nicht ins System hineinpassen auf sanfte Weise, mit GWA wieder in "die Gesellschaft" eingegliedert werden und zwar von der strukturell diplomierten Polizei, kurz von den SozialarbeiterInnen. Im Endeffekt ist das reine Unterdrückung von Minderheiten, denn eingliedern heißt im "sozialen Bereich", daß Minderheiten ihre Lebensart

zugunsten einer Mehrheit aufgeben müssen, und nicht mit der Mehrheit unter Berücksichtigung beider Kulturen. Funkzionieren tut GWA derzeit deshalb nicht, weil nicht oder zuwenig mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen gemacht wird. Es ist also nötig um Probleme in Angriff nehmen zu können und nach den Bedürfnissen derer die sie Betreffen zu lösen, die Ansichten derer auch zu beachten und auszuführen. Sie werden aber nur allzuoft als unqualifizierte Meldungen abgetan. Die SozialarbeiterInnen hätten in dieser Hinsicht einen Vorteil gegenüber den anderen Berufsgruppen, weil sie den direkteren Kontakt zu den betroffenen Menschen hätten oder haben könnten. An ihnen lege es oft zu handeln und mit andern Berufsgruppen darüber zu streiten, was von der Seite der Leute wichtig wär. Sie scheitern aber oft weil es für sie, die SozialarbeiterInnen, auch einen gemütlicheren Weg gibt. Was die GWA im Rahmen der Sozialarbeit auch nicht schafft und was eigentlich theoretisches Grundanliegen wäre, ist, die Betroffenen so weit zu bringen daß sie in ihren Lebensbereichen sich selbst organisieren und ihre Interessen selbst vertreten. Das würde sicher noch viel Diskussion und Bewußtseinsbildung benötigen, sonst wärs nämlich auch ein offenes Feld für Faschisten. Aber die SozialarbeiterInnen können sicher auch in Zukunft sehr schwer den Trennungsschmerz von ihren Klientel überwinden (Krüppeln ham sowas rührendes).

Wo GWA am meisten fehlgeschlagen hat ist der Altersbereich. Die Interessen

der Alten wurden sowieso nur alle vier Jahre berücksichtigt und ab einem gewissen Alter wurden die Leute oft als unmündige bemitleidenswerte Hascherln in Heime verfrachtet wo sie vom Bett bis zum Sarg betreut werden. Das Heim als Lösung für fehlende Infrastruktur in manchen Stadtteilen und Dörfern erwies sich zwar nach außen hin als Lösung, doch für die Betroffenen endet es in der Ghettoisierung und die Einsamkeit kann in Heimen auch nicht überwunden werden. Im Gegenteil: ein Heim bedeutet schon was ganz bestimmtes und auch eine bestimmte Rollenverteilung. Nämlich ÄrztInnen, Pflegepersonal und andere MitarbeiterInnen erwarten Pflegebedürftigkeit und verschiedene andere Verhaltensmuster, die alte Leute halt so haben. Der Vollzug der beruflichen Tätigkeit steht natürlich vor der Auseinandersetzung mit der Person, die beruflich betätigt wird. Dies bedeutet wieder nur eine beschränkte Kommunikation und eine Mauer der Einsamkeit, wenn der/die Betroffene es nicht schafft von selbst Kontakt zu knüpfen. Es müßten also diese jahrelang aufgebauten bürokratischen Strukturen zugunsten der Alten aufgebrochen werden und Alternativen, wie kleine Wohngemeinschaften usw entwickelt werden. Ähnlich dem Kommunikationszentrum und Cafe am Steinhof soll ein Cafe im Pflegeheim Lainz entstehen. InteressentInnen die mitmachen und/oder Ideen beisteuern wollen sollen an die TATblatt Redaktion schreiben oder am Dienstag dem 19.12.89 um 17 Uhr ins TATblattbüro Gumpendorferstr.157/11 kommen!!!!!!

MUSICBOX

(TATblatt)

Letztes Mal haben wir über das bevorstehende Ende der MUSICBOX in Ö3 berichtet. Erster Protest regt sich:

Im Falter findet eine Inseraten-Unterschriftskampagne statt (kostenlos, Sponsoren sind natürlich gesucht). Nähere Informationen unter der Tel.: 533 46 37-10 / Doris Mechian.

Weiters benötigt eine Aktion laut ihren eigenen Angaben mindestens 300 Unterschriften, um die BOX zu retten. Einfach Name, Adresse, Unterschrift, Kennwort "Beibehaltung der MUSICBOX zu den gewohnten Sendezeiten" an uns. Wir leiten weiter.

Gemeinsamer Stadel Europa

(???)

Kaum sind die Grenzen der DDR offen, startet Österreich eine groß angelegte Kulturoffensive: bekam die DDR die Früchte westlicher Zivilisation bisher nur in Form von Sondermüll freihaus angeliefert, wird uns jetzt neben Deponien für Problemstoffe auch eine große Halle in Cottbus zur Verfügung gestellt - und dort solls am 17. Dezember mit einer Kulturveranstaltung der Superlative so richtig abgehen: Hias und Moik präsentieren den größten Musikantenstadel der Weltgeschichte. Und weil man den Leuten im

Westen nicht vorenthalten kann, mit welcher volkstümlichen Scherzen die Leute im Osten bei Laune gehalten werden, wird der Stadel gleich auch in der BRD und in der Schweiz ausgestrahlt. "Rund 50 - 60 Millionen Zuschauer werden dabei sein", schätzt Harald Windisch (ORF- Unterhaltungschef) der direkt von "Musikantenstadel - Verhandlungen" in Bulgarien (dort wird nächstes Jahr einer stattfinden") in die DDR geflogen war. Von österreichischer Seite steht einem "gemeinsamen Stadel" Europa also nichts mehr im Wege.

NEUE SERIE: HÄFEN IN ÖSTERREICH

Die sonderliche Sonderanstalt

Interview mit Anselm S., Kenner der Sonderstrafanstalt Favoriten

TEIL 1

(TATblatt-Wien)

Du hast gesagt, Favoriten hat als Strafvollzugsanstalt eine Spezialfunktion in Österreich. Wie schaut die aus, welche Leute kommen dort hin?

Nach Favoriten kommen nur Leute im sogenannten Endvollzug, das heißt, Leute, die schon mindestens die Hälfte ihrer langjährigen Strafe abgesessen haben und die unausbleiblichen Ausnahmen. Da kommen in Frage entweder der Mittersteig, teilweise Simmering oder eben Favoriten. Das aus dem Grund, weil die auch "offene Vollzüge" haben, das heißt, Abteilungen, wo man täglich rausgehen kann, ohne Betreuung und ohne Bewachung, etwa zur Arbeit.

Sonst sind in Favoriten ausschließlich Leute wegen Drogen- und Alkoholdelikten. Zusätzlich noch ein paar EDV-Experten, die dort so als "Musterabteilung" gehalten werden. Es kommen ja fast immer die ausländischen Gäste, wenn ihnen der österreichische Strafvollzug vorgeführt werden soll, nach Favoriten, weil denen Stein nicht zugemutet werden kann. Die Norwegerin (norwegische Justizministerin) zB hätte abgeschnallt, wenn's ihr Stein gezeigt hätten, die hätte sich ins Mittelalter zurückversetzt gefühlt. Auch der Argentinier war begeistert, der möchte das Konzept gleich übernehmen — für's postfaschistische Argentinien.

Sind das jetzt alles "Freigänger", die da sind?

Nein, Favoriten hat einen etwas modifizierten Stufenvollzug, wie er in Österreich — glaube ich — eigentlich abgeschafft werden hätte sollen: Man kommt vom "Zugang", bei dem man praktisch überhaupt keine Rechte hat, bis zum "Offenen Vollzug"

Es gibt 3 Stöcke auf der geschlossenen Abteilung mit 3 sogenannten Therapiekonzepten. Sogenannte deshalb, weil sich die eigentlich kaum voneinander unterscheiden und im Prinzip nur einen Arbeitszwang und einen Anwesenheitszwang bei der Therapie beinhalten. Es geht immer nur um die selben Themen, irgendwelche Geschichten aus der Kindheit oder hin und wieder aktuelle Probleme, wobei die Leute da aber sehr zurückhaltend sind. Auf diesen 3 Stöcken sind insgesamt ca 80-90 Personen.

Dann sind etwa 10 Leute in der Außenstelle Münchendorf, bei der "Gartenarbeit". Münchendorf ist die Zwischenform: Man darf am Wochenende 2-6 (maximal) Stunden mit dem Besuch raus.

Auf den 2 offenen Abteilungen sind ca 25 Leute ab Anfang 90 ca 30)

Und der offenen Vollzug ist jetzt auch noch in 2 Gruppen eingeteilt, in die Leute, die in der Privatwirtschaft arbeiten und die, die in justizeigenen Betrieben sind?

Ganz genau. Das nennt sich "Freigang" und "1.Stock", oder »1. Abteilung« und hat auch unterschiedlich viele Stunden: Am Freigang kann man jeden Tag rausgehen, am 1.Stock kann man Stunden sammeln und dann gerafft und am Wochenende begünstigt rausgehen. Therapie gibt's nur mehr in Form von Einzelgesprächen. Jeder muß sich eineN TherapeutIn oder BewährungshelferIn suchen, die "Lebenslangen" brauchen eineN BewährungshelferIn, die anderen nicht unbedingt, und dann muß du mit dem/der in der Woche mindestens 1-2 Stunden reden.

Aber Bedürfnis am "Therapiegespräch" hat keiner?

Es kommt darauf an, manchen ist es in keiner Form ein Bedürfnis, die machen das nur, damit sie nicht raufkommen in den geschlossenen Vollzug. Manche von den Lebenslangen finden das ziemlich gut, aber es steckt natürlich ein unheimlicher Zwang dahinter. Du hast nicht die freie Wahl, ob du's machen willst, sondern du mußt es machen. Isofern ist es wieder ein Scheißkonzept, weil eben der totale Zwang dahinter steckt. Wie Favoriten überhaupt auf den Zwang gegründet ist.

Es gibt die 3 "ehernen Prinzipien": Arbeitszwang, Therapiezwang und Drogenfreiheitszwang, wenn eines davon gebrochen wird, droht einem die Zwangverschickung und viele sind nach einem Rückfall sofort weg. Im vergangenen Jahr sind insgesamt ca 80 Personen verschickt worden. Auf das wird schon irrsinnig Wert gelegt, daß man sich vor allem dem Arbeitszwang unterwirft. Das, was großspurig als Therapiekonzept angekündigt wird, ist im Endeffekt nichts anderes als das alte "Arbeit macht frei"-Prinzip. Arbeit = Therapie, Beschäftigungs- und Arbeitstherapie. Und widersetzt du dich dem, kriegst

eben deine Strafen.

Das wichtigste ist wahrscheinlich, daß du dich wieder eingliederst

Ja, natürlich, das ist das oberste Prinzip. Das wird auch immer, immer wieder gesagt, und Leute, die das in Abrede stellen, werden mit Argusaugen beobachtet. Das Wichtigste ist die "Integration" und wenn man's nicht anders schafft, soll man sich beim "Papa Preßlich" um Heptadon bemühen, damit man wenigstens mit Drogen wieder funktioniert. Egal wie, Hauptsache, du funktionierst.

Die HIV-Infizierten — da sind relativ viele davon im Haus, ein Sechstel der Häftlinge im Schnitt — haben ein Recht auf Heptadon/Methadon und die anderen, am Freigang und 1.Stock kriegen's ab und zu auch. Da wird sogar die Drogenfreiheit ausgeklammert — sozusagen Drogenkonsum unter staatlicher Kontrolle —, Hauptsache ist, daß du dich wieder eingliederst. Mit dem Vorsatz, daß du mit Drogen funktionierst und wieder Arbeiten gehst etc, kriegst Heptadon verordnet vom "Papa Preßlich" — der übrigens auch in der Anstalt war und dafür geworben hat. Er hat sich als Vater des Programms vorgestellt und wir mögen ihm dankbar sein; und jeder, der es haben will, möge sich gleich bei ihm melden. Es ist bekannt, daß er dafür Gratifikationen von der Pharmaindustrie bekommt — man/frau muß sich vorstellen, das sind ja Konsumenten, die das über Jahre und Jahrzehnte konsumieren, das heißt, jeder Kunde bringt denen unheimlich viel Geld ein. Aber andere Drogen dürfen nicht genommen werden, sonst wirst du ebenfalls verschickt oder fliegen aus dem Hepta-Programm.

Werden da irgendwelche Tests gemacht, um die Drogenfreiheit festzustellen?

Ja, es gibt Harntests und Alko-Tests, die sogenannten "Gebläse". In Münchendorf zB 3 mal pro Woche, in der 1. Abteilung ca 1 mal im Monat, das ist sehr unterschiedlich, wie das die einzelnen TherapeutInnen handhaben. JedeR TherapeutIn ist Gott für seinen/ihren Stock; der/die sagt, was dort passiert. Die Oberhoheit hat zwar der Werdenich (Gefängnisdirektor, Anm.), aber für seinen/ihren Stock stellt der /die TherapeutIn das Konzept auf — welche Therapieform, ob Einzel- oder

Gruppengespräche etc.

Du hast gesagt, Favoriten sei die "fortschrittlichste" Anstalt?"

Ja, irgendwie schon, obwohl ich diesen Ausdruck gerade im Gefängnis-Zusammenhang sehr ungern verwende, weil sich doch der Werdenich in irgendeiner Form dem Konzept der "gefängnisfreien Gesellschaft" verbunden fühlt — zumindest verbal. Er spricht auch mitunter davon, daß wir dort hin kommen müssen und der Großteil der Leute eigentlich völlig umsonst eingesperrt ist. Was er dann konkret tut und wie seine Repressionen ausschauen — er ist der entscheidende Mann, der dann doch sagt, der kommt nach Stein — das ist der totale Widerspruch, zu dem, was sein Anspruch ist; daß er daher kommt mit dem Foucault und anderen fortschrittlichen Literaten und er liest anarchistische Lektüre, womit er sich gerne brüstet — die Widersprüche sind so frappant, aber darauf angesprochen, reagieren alle TherapeutInnen allergisch. Das kratzt so an ihren Fundamente, daß sie aggressiv reagieren und das nicht wahrhaben wollen. Diesen Widerspruch haben sie — kommt mir vor — innerlich so weit weggeschoben und wenn das wieder einmal so hervorbricht, das ist ihnen dann so unangenehm, daß sie es nicht verkraften. Es stellt ihre Existenzgrundlage total in Frage. Wenn du mit ihnen darüber reden willst, sagen sie nein, und wenn's dir nicht paßt, dann gib'ts das und das, dann kommt wirklich der "Vorschlaghammer". Das ist wirklich ganz ein wunder Punkt und der ist mir bei allen aufgefallen.

Wobei ich sagen muß, der Werdenich ist unheimlich launisch und liefert zum Teil auch irrsinnig arge Sachen; so stellt er zum Beispiel auch gewagteste Ferndiagnosen. Da war ein Häftling in Münchendorf krank, hat wirklich Fieber gehabt und gebrochen, und der Werdenich hat am Telefon gemeint, wenn der nicht arbeiten geht, fährt er sofort nach Eisenstadt — aus.

Und was sind jetzt die "fortschrittlichen" Seiten?

Favoriten ist eindeutig ein "Trendsetter" in Österreich. Auf einem niedrigen Niveau gegenüber dem Ausland wird da versucht, etwas zu machen, was sonst in Österreich nicht stattfindet. Es gibt hier einen offenen Vollzug, Werdenich hat auch den ersten Freigänger Österreichs überhaupt 1975 gehabt. Der Freigang ist mehr oder weniger sein Kind.

Oder im Häfenalltag, daß man zum Beispiel mehr einkaufen kann, die sogenannte Ausspeise. Die ist gegenüber Stein ca 3-4 mal so hoch im Monat. Da gib'ts keinen Unterschied, da kann man immer nur das gleiche einkaufen. Die Favoritner gehen zum Löwa, der gleich um's Eck ist, einkaufen, zu normalen Preisen.

Dann gib'ts noch Sachen, die für Au-

Benstehende nicht so gravierend klingen, aber wenn du im Häfen bist, für dich wichtig sein können. In Favoriten wird, das muß man/frau dem Werdenich zugute halten, in keiner Form Literatur zurückgehalten. Auch RAF-Schriften und anderes kann man reinkriegen, was in anderen Häfen unmöglich ist. Auch die Korrespondenz von Häfen zu Häfen wird in Favoriten nicht unterbunden, anderswo total; da kriegst du Karten aus Stein oder so normal überhaupt nicht. Auch Zeitungen und Briefe kannst du in jedem beliebigen Ausmaß erhalten:

Die Besuchszeit ist auch viel länger: In Favoriten 1 1/2 Stunden pro Woche, in Stein, wenn du hinkommst, eine 1/2 Std im Monat. Am Anfang gib'ts in Favoriten zwar auch Gitterbesuch, das heißt, beinhardt Plexiglasscheibe mit Sprechschlitz. Das ist schon sehr hart, ungefähr wie in Schönbrunn im Zoo. Da sitzt auch der Kas im Eck und hört teilweise mit, zumindest bei der 1. Koje. Werdenich wollte jetzt sogar Telefone einführen, daß das Ganze über einen Hörer geht, aber da sträuben sich bis jetzt die Gefangenen dagegen. Ab der Therapiestufe Münchendorf ist dann ein offener Besuch, mit Tisch, und dann — nach 3 Monaten dort — kann man rausgehen. Auf den offenen Abteilungen gibt es keinen Besuch mehr, denn die können sowieso hingehen, wo sie wollen.

In Favoriten gib'ts den sogenannten "Wohngruppen-Vollzug": Jeweils maximal 18 Leute bilden eine Wohngruppe, da sind die Türen von den Zellen immer offen, auch in der Nacht. Das Gitter wird ab 19 Uhr abgesperrt, da kann der Kas nicht mehr herein. Ganz am Ende sind Duschräume und Klosetts, da kannst du duschen, wann du willst. Das ist in anderen Häfen auch unvorstellbar, da kannst du einmal in der Woche duschen. Daneben sind der Fernsehraum und die Küche. Da gibt es Kühlschrank mit Tiefkühlfach und einen E-Herd mit Backrohr, — wenn du das in Stein wem sagst, die glauben das nicht. Am Wochenende gib'ts Video-Filme, fernsehen kannst du, wann du willst. Nach einer "Bewährungsphase" von 3 Monaten bekommst du Privatgewand und kannst dir einen Radiorecorder und neuerdings auch einen Fernseher auf die Zelle stellen.

Wieviele Leute sind jeweils in den einzelnen Zellen?

Normalerweise sind die Alkoholiker in 4-Mann- und die anderen in 2-Mann-Zellen. Einzelzellen sind gegen das Konzept Favoritens. Es gibt aber die "Korrektur", die sogenannte "Kurie". Da ist überhaupt nichts drinnen, da kann es sogar sein, daß sie dir unter tags das Bett rausnehmen.

Für welche Vergehen, wie oft und für wie lang wird die Absonderung verhängt?

Die wird vom Strafkommisär ver-

hängt für Disziplinarvergehen, zB wenn du auf Flucht gehst, wenn du am 1.Stock wesentlich zu spät reinkommst (2-3 Stunden später), wenn du einen Kas oder Therapeuten schwer beschimpfst, wenn du einem Kas oder Therapeuten eine verpaßt, für wiederholte Arbeitsverweigerung, Sabotage, Demolierung des Zelleninhaltes gib'ts Kurie. Das Ausmaß kann, was ich erlebt habe, bis zu 14 Tagen gehen. Leichtere Hausstrafen gibt es auch. Es gibt auch bedingte Kurie, je nach Grad des Vergehens. In Favoriten gib'ts relativ selten Absonderung, vielleicht 3-4 mal im Jahr, im Vergleich dazu, in Stein ist der Keller an der Tagesordnung. Da sitzen oft 15 Leute gleichzeitig. Und in Favoriten ist die Absonderungszelle auch nicht im Keller, sondern am Stock. Das macht auch einen Unterschied.

Wie kommst du mit den anderen Häftlingen aus?

Ich hätte mir nicht vorstellen können, daß ich im Knast so etwas wie Freundschaft schließe. Ich hätte mir das wirklich nicht gedacht, daß es mir schwer fallen würde, von den Leuten Abschied zu nehmen. Im 1er oder 2er (Landesgericht, Anm.) war ich froh, wenn ich von den Leuten weggekommen bin. Dazu muß ich sagen, daß in Favoriten schon eine eigene Art von Häftlingen ist. Faschistische Meldungen, wie sie in anderen Häfen vorkommen, gibt es in Favoriten nahezu überhaupt nicht. Falls einmal eine so etwas vorkommt, wird der Mensch wirklich in großer Zahl von den anderen attackiert und in die Schranken gewiesen. Das ist erstaunlich, denn in anderen Häfen ist es genau das Gegenteil. In Favoriten sind die Leute im allgemeinen für Politik interessiert und alles andere als der typische "Haflinger". Es ist auch so, daß die Favoritner meist nicht so extrem langen Knast hinter sich haben und auch nicht die klassische Laufbahn mit Heim und so. Die sitzen eher in Stein und Garsten. Auch in der Ausbildung unterscheidet sich Favoriten im intellektuellen Niveau sicher von Stein. Und auch die Leute, die von Stein kommen, sind meist die, mit der besseren Ausbildung, denn die anderen trauen sich gar nicht. Da müssen sie mit den TherapeutInnen reden und das sind lauter "G'studierte" und da scheuen sie überhaupt schon den Weg nach Favoriten. In Stein sind 10% der Häftlinge überhaupt Analphabeten.

Es ist wirklich ein Unterschied im Klima zwischen den Leuten und deren Interessen im Vergleich zu anderen Häfen. In Favoriten sind die Leute unheimlich motiviert, spielen Gitarre oder Trommel oder machen andere Sachen. Diese Dinge kriegst du auch genehmigt und da sind die Leute diesbezüglich schon sehr engagiert.

Dieses Interview wird im nächsten TATblatt fortgesetzt.

WAA Keine Ruhe im Forst ...

Zwar scheint die WAA zu Fall gebracht, die Frage nach einer nuklearen Nutzung des Geländes ist aber weiter ungeklärt.

(TATblatt-Wien)

Abhängen würde dabei alles von der Gemeinde Wackersdorf, in deren Macht es liegen würde eine atomare Nutzung der dem Autoriesen BMW zur Miete angebotenen (Zwischenlager-)Halle mittels Bebauungsplan zu untersagen. Bislang wehrt sich die Gemeinde jedoch die Einlagerung abgebrannter Reaktor-Brennelemente ausdrücklich zu verbieten, was der früheren WAA-Bauherrin Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen DWK sehr entgegenkommt. Die möchte sich alle Optionen offenhalten, ist doch die Zukunft der (deutschen) Kernenergie sehr ungewiß. Nach dem Verzicht auf Wiederaufbereitung im eigenen Land und den mehr als wackeligen Verträgen über eine Zusammenarbeit mit dem Ausland gewinnt ein Zwischenlager für die deutsche Atommafia immer mehr an Bedeutung. Das WAA-Gelände im Taxöldner Forst scheint dafür bestens gerüstet. Ein Endlager für ausgebrannte Brennelemente (Gorleben, Salzgitter) wird auch nach dem Willen der Betreiber frühestens

ab 2010 zur Verfügung stehen.

Neu entfacht wurde die Diskussion über die Nutzung des Hochsicherheits-Industriegeländes durch eine Studie über die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Wackersdorf, WAA-Gelände inbegriffen. Darin scheint bis 1991 ein Büro der Wackersdorfer DWK-Tochter DWW auf dem Areal auf, das von 1991 bis 1994 (Anmietung des Geländes durch BMW-AG) nicht mehr angeführt wird. Ab 1995 tauchen dann plötzlich wieder 50 Mitarbeiter der DWW auf.

Von Seiten der DWW erklärt man dies mit der Verantwortung für den "Ver- und Entsorgungsbedarf" (für Wasser, Red.) ab 1995. Spekulationen über eine nukleartechnische Nutzung des Geländes werden klärerweise dementiert. In einer Presseerklärung der DWW heißt es allerdings: "Die DWK/DWW ist aus grundsätzlichen Überlegungen heraus nicht bereit, einem Verwendungsausschluß (nuklear, Red.) für das Standortgelände zuzustimmen." Ganz im Gegenteil betrachtet die DWK/DWW es vielmehr als "Diskriminie-

rung der Kernenergiebranche", wenn eine nukleare Verwendung untersagt werden würde.

FÜHRUNGSSTAB AUFGELÖST

Mit 1. Dezember wurde der Wackersdorfer Polizeiführungsstab aufgelöst. Anlaß genug für WAA-GegnerInnen mit Zapfenstreich und Fackelzug auf die über Jahre hinweg geleistete Arbeit der Einsatzkräfte hinzuweisen, insbesondere der Berliner SEK-Einheit, die im Oktober '87 "am Zaun alles niederknüppelte, was ihr in den Weg kam". Rückblickend versprach Peter Herzig, Mietglied der BI: "Wir weinen euch keine Träne nach, wenn ihr jetzt verschwindet. Wir Oberpfälzer bereuen nichts, und vergessen tun wir erst recht nichts."

Auch der "Lagedienst" wurde aus der Schwandorfer BGS-Kaserne nach Regensburg verlegt. Von dort soll er künftig "als Auskunftsstelle für die Medien dienen und Großeinsätze koordinieren" (!)

DER CLOU

Einem Geistesblitz der besonderen Art dürften jene Verantwortlichen erlegen sein, die im Februar '89 die Übung "Wintex" ausbrüteten. Dabei sollte der Regensburger Landrat Hans Schuierer (SPD) vor einem Attentat "radikaler Mitglieder einer Friedensbewegung" (MZ) geschützt werden. Ausgerechnet jener Landrat, der sich vehement gegen den Bau der WAA einsetzte. Die Bayrische Staatsregierung schuf damals ein eigenes Gesetz, um dieses Veto gegen den Bau zu umgehen.

Detail am Rande: Zur Zeit ermittelt die Kripo Weiden wegen Verrats von Dienstgeheimnissen. Durch eine undichte Stelle waren Einzelheiten über die Übung an die Öffentlichkeit gelangt.



TATblatt-extra: Diskussion OPERNBALL' 90

Teil 1



Ende Feber wollen wir dann von der erfolgreichsten und lustigsten Opernballdemo von überhaupt ganz ausführlich berichten und dann gibts natürlich Raum zur Nachbereitung....

Bitte schickt uns Beiträge wenn möglich schon ein paar Tage vor Redaktionsschluß, damit wir sie auch noch eintippen können. Falls ihr einen Computer mit DOS-Betriebssystem habts, schickt uns den Text bitte auch – **zusätzlich** zum schriftlichen Ausdruck – auf Diskette (3 1/2" oder 5 1/4"), am Besten mit MS-WORD getippt, wir verstehen aber auch anderes.

Überschriften stammen zT vom TATblatt-Kollektiv

Warten auf die Kids ...

Mit der Ballsaison naht auch wieder der Termin der Opernballdemo. Wollen wir damit Politik machen oder uns verheizen lassen lassen? Eine Anmaßung.

Opernball 1989: Eine verbotene Demonstration, auf Umwegen Richtung Oper. Anfangs Geplänkel, dann handfeste Auseinandersetzungen.

Im politischen Jargon tauchen zwei neue Begriffe auf: die "Massenmilitanz" als erstrebtes Ziel für die einen, als wirkliche Bedrohung für die anderen. Und die "Vorstadt-kids" als völlig unberechenbarer Parameter für beide Seiten.

Opernball 1990: gibt's eine Demo, so stehen die Chancen nicht schlecht, daß sie so abläuft wie die letzte auch.

Stellt sich die Frage, ob das auf die Dauer nicht ein bißchen wenig ist? Ob die Militanz, das "endlich 'mal d'raufhauen" als Perspektive reicht? Oder ob nicht versucht werden sollte politische Inhalte in weit stärkerem Maße einzubringen? An Themen würde es nicht mangeln: ob Wohnungsnot, EG-Beitritt, Sozialabbau ... Jedes einzeln oder auch gemeinsam geben reichlich Stoff ab. Und Inhalt ist notwendig: 1.) Um Aktionen, welcher Art auch immer, erklären zu können, um sich selbst, die eigene Wut und Frust vermitteln zu können. Das "d'reinschlagen" allein wird, ist der Reiz des Neuen erst einmal verfliegen,

als mobilisierendes Moment wohl kaum Zukunft haben. Und 2.) um genau die "Massen", die dieses Jahr insgeheim bewundert, aber wohl kaum verstanden wurden, wenigstens ungefähr einschätzen zu können. Denn diese Massenmilitanz ist grundsätzlich einmal ungerichtet, was sie uns am 2. Februar auch eindrucksvoll bewiesen hat. Weder kümmerte man/frau sich um Organisation oder Konzept der Demo, taktische Überlegungen wurden hintangestellt. Der kürzeste Weg zur Oper war der naheliegendste. Gleichzeitig war der Haufen buntgemischt, irgendwann tümmelten sich Skins im Chaos und hatten ihren Spaß am Katz- und Mausspiel mit der Polizei. Scheinbar hatten die (und die, die man/frau an ihrem Outfit erkannte waren wohl nur ein Teil derer, die ebenso denken) keine Probleme damit, mit wem sie da mitrennen. Stellt sich die Frage, ob "eat the rich", so wirksam es als Schlagwort, als Aufreißer auch war, auch ausreichte den Sinn der Demo auszudrücken?

Auch die Erklärung der ausgebrochenen Gewalt mit der "strukturellen" in unserer Gesellschaft birgt genausoviel Gefahr wie sie auch zutrifft. Wer mag versichern können, daß sie immer unter einem "linken" Aufhänger wie der Opernballdemo zum Ausbruch kommt, und nicht überschlägt in den Ruf nach einem starken Mann, Ausländerhaß oder Gewalt gegen Frauen ... ?

Am 22. Feber ist es also schon wieder einmal soweit: Der alljährliche Höhepunkt der Demosaison. Der Opernball wird uns wieder zu Tausenden auf die Staatsoper zutreiben, wobei die meisten sich wieder einmal so richtig unklar sein werden, was sie dort dann eigentlich machen wollen, und wozu überhaupt das Ganze, und wenn ja, wie?

Und wenn wir dann wieder einmal so richtig verdroschen worden sind, werden wir wieder einmal Staat und Kapital als Böse, die Polizei als deren Handlanger entlarven und Fehler in unserem taktischen Vorgehen, wie in der Einschätzung der Dinge entdecken.

Um aus diesem Dilemma rauszukommen, und weil wir die Opernballdemo (sagen wir mal, aus welchem Grund auch immer), nunmal für doch sehr wichtig halten, haben wir uns gedacht, daß sowohl inhaltliche, wie auch taktische Vorbereitung öffentlich geführt werden müssen...

Wir wollen bis zum Opernball in jedem TATblatt Platz für Diskussionspapiere, Stellungnahmen, Ideen,, Kritiken, Vorschläge etc bieten, und vor allem auch die Möglichkeit bieten (und zu forcieren), **auf Beiträge anderer einzugehen, sich gegenseitig aufeinander zu beziehen.** Weil das sonst keine Diskussion wird, sondern Blabla.

das sonst keine Diskussion wird, sondern Blabla. überhaupt ganz ausführlich berichten und dann gibts natürlich Raum zur Nachbereitung....

Abgesehen davon wird sich die Demo wohl auch ihr eigenes Grab ausheben, läuft sie Jahr für Jahr gleich und berechenbar ab. Der bloße Sturm auf die Oper ist durchschaubar, wird zu einem Himmelfahrtskommando. Dabei gäb's Alternativen in Hülle und Fülle. Gerade der Widerstand gegen die IWF/Weltbank-Tagung in Berlin ist ein gutes Beispiel dafür, wie fantasievoll, dadurch unberechenbar und überraschend, und deshalb erfolgreich Aktionen sein können. Der entscheidende Unterschied liegt für mich darin, daß in Berlin versucht wurde zuerst die Inhalte zu präsentieren, von gemäßigt bis radikal, mit verschiedensten Mitteln. Für den Zoff sorgte dann meist die kopflose Polizei - mit mäßigem Erfolg. In Wien scheint es mir oft umgekehrt, die Inhalte kommen dabei viel zu kurz. Versucht man/frau dies damit zu erklären, man/frau wolle endlich einmal in die Offensive gehen, nicht das ganze politische Leben in der Defensive verharren, so wird übersehen, diese Offensive ist eine militärische, keine militante. Dazu gehört viel mehr.

Irgendwie schwebt so die Stimmung im Raum, man/frau würde das Gesicht verlieren, geht es am 22. Febr. nicht mindestens so ab wie dieses Jahr. Soll der Opernball aber ein Aufhänger zum Aufzeigen sozialer Konflikte bleiben, und dafür ist er zweifellos geeignet, so muß es gelten diese Engstirnigkeit zu durchbrechen.

Bewaffnete Friedfertigkeit

Hallo Ihr vom TATblatt!

Da ihr mich so nett darum gebeten habt, möchte ich mich nun kritisch in eure Vorbereitungen zum Aufruf zu einer illegalen Handlung einmischen. Ich stehe außerhalb eurer »Szene« und stelle an mich den Anspruch kritisch denken. Aber auch die Gefühle möchte ich im folgenden nicht außer acht lassen.

Es ist verständlich aus welchen Gründen der Opernball und die damit in Zusammenhang stehende Demo von so großer Bedeutung für all jene ist, die eine radikale Einstellung haben und danach leben. Viele der auf dem Ball anwesenden Personen sind den Machthabern dieses Systems zuzuordnen. Die Demo gibt vor allem der autonomen Bewegung die Möglichkeit, Leute der eigentlichen Szene zu mobilisieren und eine beachtliche Resonanz in den Medien zu erzielen.

Genau an diesem Punkt setzt meine Kritik an. Wenn mensch sich die Auswirkungen der Demonstration vor Augen führt, kann mensch erschwer erkennen, daß diese Großveranstaltung des »anderen Wien« vor allem negative Auswirkungen hat. Nicht nur, daß (wie auf den meisten Demos) die »Beziehung« zur Polizei weiter eskaliert, nein, es wird auch der systemkonformen Presse geradezu in die Arme gespielt. Ein großer Teil der Bevölkerung wird von den Schmierjournalisten der WAZ-Österreich, dem ORF und sonstigen manipuliert, aufgehetzt und systematisch belogen. Ein paar gemäßigte Artikel im profil und im Standard sowie die anschließenden Erklärungen in den einigen Alternativzeitungen können an dem Bild der Massen eigentlich nichts mehr ändern. Das alles ist natürlich eine Aufzählung von altbekannten Tatsachen, aber: es wurde bisher Staat und Macht auf sehr einfältige Art und Weise in die Hände gespielt. Niemand kann den Kurier, die Kronen-Zeitung und andere zu einer ausgewogenen oder objektiven Berichterstattung zwingen. Wohl kann mensch nun dieses alte Sprichwort in die Tat umsetzen? Der Schlüssel dafür ist das Verhalten auf der Demonstration selbst und die Information der sogenannten »Öffentlichkeit«.

Mir ist schon auf einigen Demonstrationen der Autonomen das aggressive Verhalten vieler Teilnehmer aufgefallen. Ich kann mir in etwa vorstellen wie es dazu kommt. Allerdings gilt für die meisten Leute, welche zur »Laufkundschaft« der Opernballdemo zählen: Mit politisch motivierter Wut, auch wenn sie unbewußt sein sollte, hat das ganze meiner Meinung nach absolut nichts zu tun. Da wird schon eher die im letzten Jahr aufgestaute Wut in einem großen Blutrausch abregiert, um dann bis zur nächsten Opernballdemo wieder ruhig und »richtig« funktionieren zu können.

Die »Berufsdemonstrierer« und die Mitglieder der autonomen Szene kommen aber auch nicht viel besser weg: der sicher berechtigte Zorn auf den Polizeiapparat und auf einzelne Polizisten ist hier zu einem dümmlichen Feindbild verkommen. Da die anwesenden Polizisten ebenfalls voll mit Feindbildern und Vorurteilen stecken (mir ist aus vielen

»Gesprächen« mit den Exekutivbeamten die traurige Voreingenommenheit erwachsen, daß diese keine Lebensweise außer der gutbürgerlichen Anpassung verstehen bzw. tolerieren können) steht dem sinnlosen und verabscheuungswerten Stoßen, Quetschen, Treten, Prügeln, Schleifen und Schießen nichts mehr im Wege. Die Entwürfe zum kommenden Polizeibefugnisgesetz sind schließlich nicht dazu angetan, die Lage zu entschärfen. Um hier Mißverständnissen durch die Leserinnen und Leser vorzubeugen, muß gesagt werden, daß ich mir keinesfalls Illusionen über die Anwendung von Gewalt und deren Entstehung mache. Jeder Mensch hat das Recht sich zu verteidigen, das steht sogar im Zivildienstgesetz, und dann muß es ja stimmen, oder etwa nicht? Außerdem steht für viele ja nicht der Unterschied zwischen Gewaltanwendung und Gewaltlosigkeit im Mittelpunkt, sondern vielmehr der zwischen Neigung zur Machtausübung und der Abneigung dagegen (siehe Orwell). Es war mir nur einen Versuch wert, daß ich aufzeige, wie es auf der Seite der DemonstrantInnen zu Gewalt um der Gewalt selbst willen oder wegen zu geringer nervlicher Belastbarkeit kommt. Das aber hat nicht nur leichtes Spiel für die staatsstreue Kriegsberichterstattung von der Opernballfront zur Folge, sondern auch das Abschrecken vieler Menschen, die einem potentiellen Widerstand angehören.

Die Polizei wird ihren Stil wohl kaum ändern. Dummheit und Fanatismus sind schon immer Hand in Hand mit der Brutalität durch die Menschheit gewankt. Ein Grund mehr für alle Menschen, die dieses System anwidert, sich von einer anderen Seite zu zeigen. Ich stelle mir das als eine bewaffnete Friedfertigkeit vor: Alle die an der Demo teilnehmen, sollen in der Lage sein, sich und andere zu schützen. Angriffe von Faschisten, Übergriffe und Provokationen durch die Polizei etc. gehören ja schon zur traurigen Routine. Allerdings sollte deutlich werden, von wem die tatsächliche Aggression ausgeht. Wenn die Demonstrierenden erkennen, daß sie das Opfer eines gezielten Angriffes sind, daß eine bis dahin friedlich verlaufene Demo zerschlagen werden soll, dann werden sie das Unrecht in diesem System unmittelbar nachvollziehen können. Und die Gegenwehr wird stärker sein als im letzten Jahr. Da wurde vom Großteil (auch von mir) die Taktik des schnellen Rückzugs praktiziert. Wie viele meiner Freundinnen und Freunde habe ich nicht mehr die Motivation für drei Stunden Räuber und Gendarm mit Prügel in den Pausen, ohne überhaupt mitbekommen zu haben, wie das Ganze begann. Über die Aktion mit den Knallkörpern, welche sich bei näherer Betrachtung als Karikatur eines Molotov-Cocktails erwiesen haben, müssen wir wahrscheinlich gar nicht mehr streiten. Also: ein wenig mehr Spontaneität und Witz anstelle von dumpfer Gewalt. Mehr vorgebrachte Anliegen. Da die Lautsprecherwagen immer wieder durchsucht und alle darin befindlichen Leute ver-

haftet werden, könnte man auf viele bunte Transparente ausweichen. Die Tragestangen kann man im Bedarfsfall immer noch als Schlagstöcke verwenden.

Alles Wissen um die eigenen Reinheit der Seele und moralische Überlegenheit werden aber recht wenig bringen, wenn alle TeilnehmerInnen wieder als BelzebüblnEn (???) aufscheinen, in der populären Presse und im ORF. Da diese Krönung des Journalismus auch imstande ist, durch Schnitt an Text und Film aus einem siebzehnjährigen Neohippie den waffenstarken Angehörigen einer gefährlichen, weltumspannenden Terrorgruppe zu machen, wird die Information über die tatsächliche Situation vor allem von den künftigen Demonstrantinnen und Demonstranten selbst vorgenommen werden müssen. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Das betrifft sowohl Art der Vorbereitung als auch den Inhalt. So könnte zur Abwechslung einmal ein Ultimatum an die zuständigen Planerinnen und Planer im Rathaus gestellt werden. Mensch könnte diesen die Gelegenheit geben, ihre Vergeßlichkeit bis zum 22. Februar überwunden zu haben. Bis dahin könnten schon einige Häuser zur Verfügung gestellt werden, ein ungestörtes Kulturleben ermöglicht sein und vieles mehr. Wenn diese Anliegen einem breiten Publikum deutlich gemacht werden, so kann dieses die Motivation für den Protest deutlich erkennen. Zusammen mit einigen weiteren Erläuterungen kann das schon gehörigen Druck auf die Politiker ausüben. Wenn aber einige unabhängige Kulturzentren geschaffen sind, steht einem umfangreichen Widerstand nichts mehr im Wege. Sollte dieser Weg für jemanden aus der Reihe der großen Revolutionäre zu reformistisch sein, so kann sich der oder die Betreffende gerne wieder sinnlos verprügeln und anschließend als Aggressor beschimpfen lassen.

Das wäre meine Einmischung. Ich habe das einfach so heruntergeschrieben wie es mir in den Bauch kam. Eure Frist war wirklich zu knapp bemessen. Ich bin übrigens für jede Art von Kritik, ob positiv oder negativ oder neutral, an meinem Text zu begeistern.

Etwas möchte ich noch hinzufügen. Ich verstehe nicht, warum die Demonstration gegen den Opernball im Allgemeinen geht. Mich zumindestens erfüllen die wenigen Leute, die ihre dünne Brieftasche plündern um die exaltierte Prominenz aus der Nähe bestaunen zu können eher mit Mitleid. Eine Feier in der Oper kann an sich nichts schlechtes sein. Sie ist wertfrei. Man könnte dafür demonstrieren, daß die Preise gesenkt werden, daß sich bald alle oder niemand mehr die Karten leisten kann und vieles mehr. Aber nie gegen den Opernball. Die Wiener lassen sich ihre Philharmoniker nämlich nicht beleidigen...

Alles Liebe
Oliver

TATblatt-extra: Diskussion OPERNBALL' 90

Machen wir die Massenbetroffenheit zum Massenprotest !

Nicht viel hat sich geändert an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen seit der letzten OB-Demo. Trotz anhaltender Hochkonjunktur (4,5 % Wirtschaftswachstum) werden weiter scheinbar Sozialleistungen abgebaut, die Spekulanten am Wohnungsmarkt verzeichnen Rekordgewinne, während immer mehr ÖsterreicherInnen delogiert werden oder in menschenunwürdigen Behausungen leben müssen, Rekordsteigerungen bei Gewinnen (11,8 %) stehen mäßige Lohnsteigerungen, Schweinereien beim Ladenschluß und Verschleppungen bei Arbeitszeitverkürzung gegenüber.

Wer der Polizei nicht gefällt wird zum Randalierer erklärt, wer sein "bürgerliches" Recht zu demonstrieren beansprucht gilt vor Gericht als unglaubwürdig.

ES WIRD ZEIT ALLE BETROFFENEN IN AKTIONEN ZU VEREINEN !

Der Opernball, das alljährliche Zurschustellen von Prunk und Macht, ist Anlaß der Regierungspolitik der Umverteilung von unten nach oben an den Pranger zu stellen. Unsere (Alljene die sich an der Vorbereitung der Demo beteiligen wollen) Aufgabe ist es, alljene zu motivieren, deren Unmut zwar groß ist, deren Angst vor Ausschreitungen und Polizeiprügeln noch größer ist. Der Ablauf und die inhaltliche Ausrichtung der Demo wird mitentscheidend dafür sein, wie weit es den Herrschenden gelingt, die Schwankenden und Zweifler zu kaufen und/oder ruhigzustellen.

Wenn es uns gelingt, den Unmut der ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen wegen der unzureichenden Lohn- und Arbeitszeitvereinbarungen in Protest umzumünzen gegen die Industriellen und Gewerkschaftsspitzen die gemeinsam feiern.

Wenn alle, die erkennen, daß demokratische Mitbestimmung in Österreich zum Schlagwort verkommt, aufstehen und ihr Recht fordern, können wir für die traditionellste österreichische Nachtdemo mit 7000 und mehr rechnen.

Voraussetzungen dafür sind:

1.) Eine Plattform, die die soziale Lage in Österreich beschreibt, die die Herrschaftsmechanismen aufzeigt und die Verantwortlichen benennt, eine Plattform, die nicht durch Verbalradikalität sondern durch Deutlichkeit besticht, mit Forderungen, die über die unmittelbaren Bedürfnisse der PlattformschreiberInnen hinausgehen.

2.) Solidarisches Diskutieren und Handeln bei den Vorbereitungstreffen ohne Besserwisserei und Arroganz (Wer sind wohl die besseren DemonstrantInnen?)

3.) Vorbereitungs- und Mobilisierungsmaterialien, die auf den eindeutig politischen Charakter der Demonstration verweisen (Die Abenteurer auf beiden Seiten kommen sowieso !!)

4.) Vielfältiges, abwechslungsreiches Programm, das allen Gruppen und Personen

die Möglichkeit gibt, dem Protest auf ihre Weise Ausdruck zu verleihen, ohne die gemeinsame Stoßrichtung über Bord zu werfen.

Wird behauptet, die OB-Demo ist die Demo der Autonomen, und alle anderen sind nicht radikal genug um mitreden zu können, verpufft der Protest unter Polizeiknüppel, demoralisiert die meisten Beteiligten, treibt die Betroffenen weiter auseinander, unterstützt die Herrschenden in ihrer Strategie der Individualisierung.

Versucht eine Gruppe (egal welche) die Demo für sich zu vereinnahmen, alle Aktivitäten ihrer Propaganda unterzuordnen, führt das dazu, daß sich die Betroffenen und AktivistInnen verarscht fühlen.

Schließen wir uns (vorerst für eine Nacht) zusammen für ein Bündnis des Widerstands gegen das Dauerbündnis Monopolkapital und Regierung. Zeigen wir ihnen, daß die Offensive des Kapitals von uns nicht schweigend hingenommen wird.

Auf eine fetzige OBD der 10.000 freut sich

Kurt (KSV)

P.S.: Die Herrschenden tanzen nicht nur einen Tag !

Aufruf zur Solidaritätskundgebung für den Opernball

(???)

Alle Randgruppen der Gesellschaft haben ihr Forum: Es gibt Schwulenzentren, Suchtgruppen und Sozialämter. Nur die Reichen und Schwerkreichen gelten noch immer als Menschen erster Klasse. Und gerade die sind die wahren Opfer der Gesellschaft - wo immer ein Picasso gestohlen, wo immer ein Milliardenraub begangen wurde, war eineR jener der/die Geschädigte. Gegen Diskriminierung müssen sie sich durch Dobermänner und Panzerglas schützen, sie leben in Isolation und viele mußten ins Ausland flüchten, weil sie bei der Finanzierung ihrer Feinde einfach nicht mehr länger mitmachen konnten. Dabei kann man/frau Euch rein gar nichts zum Vorwurf machen: Ihr seid wie die Lilien auf dem Feld. Ihr sät nicht, ihr ackert nicht, aber die Ernte ernährt euch doch. Und das - so fand schon der Erlöser - ist gottgefällig. Und so möchte ich allen Kapitalisten zurufen: Kommt aus Euren Schatzkammern und Tresoren! Gemeinsam seid ihr steinreich! Und gerade hier möchte ich auch anmerken: gibt es einen würdigeren Ort für ein Selbsthilfetreffen als die Oper? Die Diskriminierung muß endlich ein Ende finden! Folgende Forderungen müssen nun

endlich erfüllt werden:

1. FREIE AUSREISE FÜR POLITIKERIN-NEN: Gerade jetzt, wo sogar der Eiserne Vorhang gelüftet wird, ist es bestürzend zu sehen, daß es immer noch eine Randgruppe gibt, die nur auf besondere Einladungen das Land verlassen kann und selbst dann in ein ausbruchssicheres Auto gepfercht unter permanenter Beobachtung von Sicherheitsorganen nur ein genau einzuhaltenes Besuchsprogramm absolvieren kann - ja es kommt noch schlimmer: in letzter Zeit auch noch auf ausbruchssichere Schiffe ausweichen muß.

2. AUTONOME KULTUR- UND BILDUNGSVERANSTALTUNGEN: zB: Rebirthing-Seminar für MilliardärInnen - Schwerpunkt: "So beerbt man/frau sich selbst"; Vortragsreihe zum Thema Umweltschutz - Thema: "Wie beeinflusst der Einwegpelz das Müllproblem"..... Der Reinerlös kommt selbstverständlich wohltätigen Zwecken zugute, etwa dem 'Heim für jugendliche Streikbrecher'

Bonzen aller Länder vereinigt Euch: so arm kommt ihr nie mehr zusammen, denn auch am Tag des Opernballs werden Zinsen gezahlt!



Anti-Opernball

(???)

Ja zur Demo - Nein zur Beschädigung privater Sachen außerhalb des politischen Bereichs! Stürmt das ÖVP-Haus, malt es schwarz an (innen und aussen). Die lebenswichtige Straßenbahn soll trotzdem verkehren! Es sollten einige in Uniform kommen. Errichtung eines Zeltlagers vor der Oper bereits am 20. Feber 1990! Ein Spruchwort: Kosovo ist hier! Nebendemo vor ÖBB-Generaldirektion wegen Nebenbahnen!

Auf der Grundlage der Auswertung der Erfahrungen den Opernball '90 konsequent vorbereiten!

Thesen

1.) Eine von vielen geteilte Einschätzung ist, daß beim letzten Mal zuwenig getan wurde, um die politischen Inhalte der Anti-Opernball-Proteste 'rüberzubringen. Das betrifft unserer Meinung nach sowohl die Mobilisierung vorher als auch während der Demo.

Allerdings ist nicht nur die unzureichende Vermittlung das Problem gewesen, sondern insbesondere auch der Inhalt selbst. Die im letztjährigen Aufruf gegebenen Einschätzungen sind an der Oberfläche der Erscheinungen geblieben und waren KEINE wirkliche Anklage dieses kapitalistisch-imperialistischen Profitsystems und seines Staates, in dem die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen im Inland und Ausland systematisch betrieben wird. ZB wird darin in Bezug auf die Polizei der Eindruck erweckt, als bestehe das Übel darin, daß diese aufgrund von Gesetzen aus der Monarchie und der 1. Republik agiere. In Wirklichkeit besteht die Unterdrückungsfunktion der Exekutive als Knüppel der Bourgeoisie ganz unabhängig von Gesetzen.

Wir meinen, daß ein Mobilisierungsauf-
ruf, der nicht hinter der praktischen Militanz der Leute auf der Straße zurückbleiben will, nicht nur von einem nicht näher bestimmten »Widerstand« reden darf, sondern als Stoßrichtung vermitteln muß: **RADIKAL SEIN HEISST, DAS KAPITALISTISCHE ÜBEL AN DER WURZEL PACKEN!**

Als ein gerade dieses Jahr besonders wichtiger Punkt erscheint uns die Entlarvung der Heuchelei der Herrschenden. Diese nehmen den Bankrott der revisionistischen Regimes in der DDR, CSSR, UdSSR usw genüßlich her, um die »westlich«-kapitalistische »Ordnung« als das angeblich denkbar beste System herauszuputzen. Dem müssen wir die Realität des tagtäglichen Elends, der Arbeitshetze, zunehmender Obdachlosigkeit, »Flexibilisierung« usw, vor allem aber auch die ständigen unerhörten Verbrechen der »westlichen« Imperialisten in aller Welt (El

Salvador, Philippinen, Türkei, Kurdistan, Iran, Palästina) entgegenstellen. Und da müssen wir natürlich vor allem die »eigenen« Imperialisten anprangern.

Dabei dürfen wir allerdings auch nicht den Fehler machen, direkt oder indirekt die Zustände in der DDR, Ungarn, Jugoslawien usw zu rechtfertigen, wo schon längst keine sozialistischen Produktions- und Lebensbeziehungen der Menschen mehr existieren. Dort herrscht für Reaktionäre, Antisemiten, Monarchisten und eine immer fetter werdende bürgerliche Klasse »Freiheit«, während zB in der UdSSR gegen die unzufriedenen Bergarbeiter mit Streikverbot vorgegangen wird und blutige Armeepogrome (Tiflis!) veranstaltet werden.

Wir meinen, daß es mit einiger Phantasie gelingen müßte, auf Transparenten, über Megas, Flugzettel usw die entscheidenden Inhalte deutlich zu machen.

2.) Für die praktische Durchführung der Demonstration bzw der Protestformen, die es zu überlegen gilt, ist sicherlich die Erfahrung der Aegidi/Spalo-Demo vom 15. September dieses Jahres zu berücksichtigen. Das hervorstechende Merkmal war dabei, daß zum ersten Mal in Österreich in dieser Weise ein »wandernder Polizeikessel« um die Demonstration gebildet wurde. Es ist anzunehmen und zu hoffen, daß diese Situation beim Opernball nicht die gleiche sein wird, weil mehr Leute zu erwarten sind, und die Kieberei durch die Bewachung der in der Oper versammelten »Wölfe, Schweine und gemeinen Hunde der alten Gesellschaft« insgesamt weniger mobil sein wird. Doch unterschätzen dürfen wir das dennoch nicht. Es wird genau zu überlegen sein, wie der zu erwartende Versuch der Unmöglichmachung der Proteste vereitelt werden kann, wie das Demonstrationsrecht verteidigt werden kann.

3.) Bleibt noch die »Bündnisfrage«. Die Erfahrungen nicht nur der bisherigen Anti-

Opernball-Proteste zeigen: Die politische und organisatorische Unterordnung unter die Muhri-Silbermayr-»Wendehälse« und ihre Anhänger, oder unter ausgebuffte Pseudo-Linke vom Schläge Stelzhammers wirkt wie ein Würgeisen gegen die Entfaltung militanter Proteste! Kriegen diese Leute die Führung in die Hand, dann ist die Demobilisierung und Lähmung gewiß!

Die politische und organisatorische Zusammenarbeit sollte folglich nur unter jenen Kräften erfolgen, die gezeigt haben, daß sie für wirkungsvollen Widerstand und Kampf eintreten.

Darüberhinaus sollten wir uns wirklich bemühen, bei der Mobilisierung mit möglichst vielen Initiativen Kontakt zu bekommen, die bereit sind, zu protestieren, sollten möglichst vielen Leuten vermitteln, worum es bei den Protesten gegen den Opernball geht, sollten wir diese Menschen politisch aktiv einbeziehen. Vielleicht sind kleinere Mobilisierungskundgebungen in den Stadtteilen, vor Berufsschulen usw, wie es sie ansatzweise schon zur letzten Aegidi/Spalo-Demo gegeben hat, ein geeignetes Mittel.

4.) Aus revolutionärer Sicht steht als entscheidendes Kriterium bei praktischen Aktionen wie den Anti-Opernball-Protesten, wie es dabei gelingt, die revolutionäre Bewußtheit und Organisiertheit im Kampf für die proletarische Revolution zu heben. Solche Ereignisse sollten und müßten deshalb auch als Gelegenheit benutzt werden, um voranzukommen bei der nötigen Debatte über den Weg und Ziel des Kampfes für den Kommunismus, wo es keine Klassen mehr geben und die Devise läuten wird: Jeder nach seinen/ihren Fähigkeiten, jedeR nach seinen/ihren Bedürfnissen.

5.12.89

SympathisantInnen der MLPÖ (Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs)

Das TATblatt-extra: Diskussion Opernball '90 erscheint bis zum Opernball als Bestandteil eines jeden TATblatts.

Diskussionsbeiträge bitte einsenden an: TATblatt, Gumpendorferstraße 157/11, 1060 Wien. Wenn möglich auf Diskette (3 1/2" oder 5 1/4", DOS-Betriebssystem). Annahmeschluß für's nächste TATblatt ist am 9. Jänner.

Zum Attentat auf Alfred Herrhausen: Die revolutionären Prozesse sind die Erfahrungen, die aus der Agonie zwischen Leben und Tod heraus, hin zu einem entschlossenen Kampf für das Leben geführt werden

(raf)

Am 30.11.1989 haben wir mit dem »Kommando Wolfgang Beer« den Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, hingerichtet; mit einer selbstgebauten Hohlladungsmine haben wir seinen gepanzerten Mercedes gesprengt.

Durch die Geschichte der Deutschen Bank zieht sich die Blutspur zweier Weltkriege und millionenfacher Ausbeutung, und in dieser Kontinuität regierte Herrhausen an der Spitze dieses Machtzentrums der deutschen Wirtschaft; er war der mächtigste Wirtschaftsführer in Europa.

Deutsche Bank, das ist quer durch Westeuropa und in weiten Teilen der Welt zum Symbol für die Macht und Herrschaft geworden, die überall frontal mit den fundamentalen Interessen der Menschen nach einem Leben in Würde und Selbstbestimmung zusammenstößt. Unter Herrhausens Regie hat sich die Deutsche Bank zur europaweit größten Bank aufgeschwungen und dominiert die wirtschaftliche und politische Entwicklung. Sie hat ihr Netz über ganz Westeuropa geworfen und steht an der Spitze der faschistischen Kapitalstruktur, gegen die sich jeder Widerstand durchsetzen muß. Seit Jahren bereitet sie den Einbruch in die Länder Osteuropas vor, jetzt steht sie und andere lauernd in den Startlöchern, um auch die Menschen dort wieder dem Diktat und der Logik kapitalistischer Ausbeutung zu unterwerfen.

Herrhausens Pläne gegen die Länder im Trikont, die selbst in »linksintellektuellen«

Kreisen als humanitäre Fortschrittskonzepte gepriesen werden, sind nichts anderes als der Versuch, die bestehenden Herrschafts- und Ausplünderungsverhältnisse längerfristig zu sichern, sie verlängern und verschärfen noch weiter die Leiden der Völker.

Es ist weltweit eine destruktive Entwicklung, die der Imperialismus zur Sicherung seiner Profit- und Machtpositionen produziert: Völkermord, Hunger, Erniedrigung, Existenzunsicherheit und umfas-

sende Zerstörung schafft eine im Kern einheitliche Situation, die überall existenzielle Dimension angenommen hat, nirgends können die Menschen wirklich nach ihren eigenen Vorstellungen und Werten leben.

Aber die Akteure dieses Systems müssen wissen, daß ihre Verbrechen ihnen erbitterte Feinde geschaffen haben, daß es für sie keinen Platz geben wird in der Welt, an dem sie vor den Angriffen revolutionärer Guerilla-Einheiten sicher sein können.

Wir alle, die gesamte revolutionäre Bewegung in Westeuropa stehen vor einem neuen Abschnitt.

Die völlig veränderte internationale Situation und die ganzen neuen Entwicklungen hier erfordern, daß der gesamte revolutionäre Prozeß neu bestimmt und auf neuer Grundlage weiterentwickelt werden muß.

Daran arbeiten wir, und daran wollen

Diskussion und Praxis, in dem offen über die verschiedenen Erfahrungen, Vorstellungen und Kritiken geredet wird, um die gesamte Entwicklung zusammen zu begreifen und um zu politischen Bestimmungen und konkreten greifbaren Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß zu kommen.

In der Diskussion darüber müssen die Gefangenen Teil sein, dafür und weil das Vernichtungsprojekt gegen sie endlich gestoppt werden muß, muß jetzt ihre Zusammenlegung und damit die Perspektive für ihre Freiheit erkämpft werden.

In dieser neuen Phase müssen wir es schaffen, die vielfältige und unterschiedliche Praxis in einer Orientierung gegen das System zu verbinden. Der revolutionäre Prozeß braucht neue Dynamik und produktive Wechselbeziehungen, nur zusammen können die Kämpfe die nötige Kraft



wir die Diskussion mit allen, die Schluß machen wollen mit der imperialistischen Zerstörung und die für eine grundsätzlich andere, an den Menschen orientierte gesellschaftliche Realität kämpfen und die diese Auseinandersetzung mit uns wollen.

Neuer Abschnitt, das heißt für hier vor allem auch die Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung, was möglich ist, weil viele es wollen, und es gibt die ersten Schritte dahin schon. Wir stellen uns das vor, als einen Prozeß von gemeinsamer

entwickeln, um destruktive Entwicklungen des Imperialismus zu stoppen und überhaupt seine ganze zerstörerische Entwicklungsrichtung umzudrehen — nur zusammen, also als eine Front gegen den Imperialismus, können wir hier in Westeuropa gemeinsam mit den Befreiungskämpfen weltweit einen einheitlichen, internationalen und langandauernden Umwälzungsprozeß durchsetzen.

Zusammen kämpfen!

2.12.1989, Rote Armee Fraktion

Die Deutsche Bank und ihre Machenschaften

(TATblatt-Wien)

Die Deutsche Bank hat, wie andere Großbanken auch, durch fast undurchschaubare (oft personelle) Verflechtungen mit dem Staat und der Wirtschaft (Rüstungs-Industrie, Wissenschaftsproduktion...) Dimensionen an Macht erreicht, welche bislang gekannte Grenzen ökonomischer Potenz sprengen. Noch vor weniger als 20 Jahren erreichte die Bilanzsumme der Deutschen Bank erst ein Viertel des Bundesetats der BRD, mittlerweile entspricht die Aktivseite der Deutschen Bank-Bilanz den Ausgaben des Bundes in einem ganzen Jahr.

In vergangener Zeit existierten große private Vermögen, als relevante Eigentümer bedeutender Konzerne sind sie längst und fast vollständig abgetreten (worden). Beinahe alle Großunternehmen werden heute in Form von Aktiengesellschaften geführt. Den Großbanken gefiel diese Entwicklung, die sie selber angetrieben und auch angeführt haben.

Der traditionelle Kredithebel sichert nur mehr bei kleinen und mittleren Unternehmen die Dominanz der Geldetablissemments. Bei eigenen und anderen Großunternehmen wird der Einfluß durch die Stimmenmehrheit der Banken bei Hauptversammlungen (mittels der Stimmen aus Eigenbesitz und den Stimmen ihrer Depotkunden, deren Stimmrechte sie wahrnehmen können = Depotstimmrecht) gewährt. Dabei wurde es geübte Praxis, bereits im Vorfeld der offiziellen Aktionärsversammlungen die relevanten Entscheidungen unter den führenden Depotbanken abzuklären. Entsprechend des tatsächlichen Kräfteverhältnisses wird in den Hauptversammlungen der Aufsichtsrat besetzt, im Hinblick auf die Wirkung der Öffentlichkeit gegenüber mit wenigen Bankiers, aber hinreichend mit Vertrauten aus den bankeigenen Gremien, aus verbundenen Unternehmen und Institutionen. Der nun vertraute Aufsichtsrat des Unternehmens X bestellt wiederum den Konzernvorstand,

der zu wissen hat, wem er sein Mandat verdankt und somit zu wissen hat, welche Geschäfte er mit wem zu machen hat. Weiter geht es, wenn die Banken die frischen Anteilsscheine des Unternehmens X an ihren alten Kundenstamm verkaufen, wodurch die Provisionen sowie der Verbleib der neuen Depotstimmen in den ausgebenden Banken gesichert sind und die bisherigen Machtverhältnisse zum guten Schluß auf größerer Kapitalbasis erneuert werden.

Die großen Herren und Führer sind immer bemüht diese Fakten zu vernebeln und den Umfang ihrer Macht zu leugnen, so auch Alfred Herrhausen, EHEMALIGER Chef der Deutschen Bank. Er gestand zwar generell den Besitz von Macht zu — aber: "Wir haben zwar Macht, doch wir mißbrauchen sie nicht." Herrhausen liebte es sich als "aufgeklärten Fürsten" zu geben (wer es sich leisten kann...), doch Mißbrauch ist immer eine Frage des Blickwinkels. So wissen wir, daß die gesamte Deutsche Bank-Spitze ihre Rolle beim

Der »Herr des Geldes« ist von uns gegangen...

(Ein Kommentar)

(anonym)

»Gesucht: Die Ratte« — mit dieser 20 cm großen Headline suchte Westdeutschlands Boulevard — die »BILD-Zeitung« — nicht nach einem ihrer Redaktöre, sondern vielmehr wurde zum Halali auf Christoph E. Seidler und weitere 10 mutmaßliche R.A.F.-lerInnen geblasen. Notiz am Rande: Christoph Seidler verdankt seinen polizeiverordneten Nom de guerre seinen beiden vorstehenden Schneidezähnen (Ob diesen Namen nicht einige Typen viel eher verdienen würden, fragt sich ein nachdenklicher Co-Autor). Diese Intensivfahndung — in deren zweifelhaften Genuß wohl noch viele GenossInnen in der BRD kommen werden — verdankt mensch dem jähen Ableben von Westdeutschlands hervorragendsten Geldakkumulierer Alfred Herrhausens, dessen Deutsche Bank ein Geschäftsvolumen von unvorstellbaren 2 Billionen Schilling hat... Dessen Fahrer Nix ihn mir-nix — dir-nix, an einem Fahrrad vorbeichauffierte, an dem eine Sprengladung montiert war. Und Alfred Herrhausen löste sich in der Nähe des schönen Bad Homburg in seine Einzelteile auf. Der TäterInnenkreis wurde vor allem — laut einem Sprecher der Bundesanwaltschaft, nämlich Oberstaatsanwalt Hans-Jürgen Förster — durch den Fund eines — wie in nahezu allen Medien penibel vermerkt wurde — DINA5 Blattes mit R.A.F.-Stern samt obligater Kalaschnikow und der Unterschrift »Kommando Wolfgang Beer«, abgesteckt. Wolfgang Beer — nach seinem Bruder Henning wird seit 1985 fieberhaft gefahndet — kam im Sommer 1980 gemeinsam mit der damals per — nahezu überall affichierten — Steckbrief gesuchten Juliane Plambeck (Tatvorwurf: Mitgliedschaft in der

R.A.F. und Beteiligung an diversen Aktionen) bei einem äußerst mysteriösen Autounfall ums Leben. Und nicht nur R.A.F.-SympathisantInnen hegen seither Zweifel an der Zufälligkeit dieses Unfalls. Aber beweisen, beweisen konnte man/frau bisher halt nichts. Die Leichen und das Autowrack wurden damals in einer Blitzaktion fortgeschafft und unter Verschuß gehalten. Allzu neugierige JournalistInnen wurden zurückgepfiffen oder aber schroff abgewiesen — Medienfreiheit à la BRD. Aber auch die österreichische Medienlandschaft liefert gerade eben zum Herrhausen-Attentat beschämende Zeugnisse — Verfassungen, Lügen und moralinsaure Zeigefingerparolen geben beredt Auskunft über die Unabhängigkeit der Medien. Da wird etwa Wolfgang Beer in den ersten Meldungen als Nichtmitglied bei der R.A.F. oder einer sonstigen »terroristischen Vereinigung« charakterisiert, was ja auch der Wahrheit entspräche. Einen Tag später heißt es in etlichen Printmedien dieses Landes »R.A.F.-Terrorist Wolfgang Beer«. Der als ach so liberal gehandelte »Neue AZ«-Chefredakteur Robert Hochner bemerkt gar in seiner Kolumne: »Wer beim Tod Alfred Herrhausens auch nur ein wenig klammheimliche Freude empfindet, ist nicht viel besser als die, die ihn ermordet haben!« Diesen Satz muß mensch sich auf der Zunge respektive im Gehirn zergehen lassen, um die volle Tragweite solchen Geschmieres zu erkennen. Er ist dann den TäterInnen wenigstens für das Fehlen eines »langatmigen BekennerInnenbriefes, in dem verquere politische Rechtfertigungen für einen feigen Mord...« quasi dankbar (zu diesem Zeitpunkt konnte Hochner noch nichts von der erst mit einiger

Verzögerung verbreiteten Anschlagserklärung wissen) und schaukelte sich dann auch noch zu folgender erklecklicher Passage hoch: »Auch wenn es in der Minute des Schmerzes und der Empörung schwer zu akzeptieren ist, ein Rechtsstaat kann auch den blutigsten Terror nur mit den Mitteln und Methoden des Rechtsstaats bekämpfen.« Wohlgemerkt: diese Aussagen stammen nicht von FXXX-Staberl, vom reaktionären Kurier-Rausch(er), sondern vom sogenannten links-liberalen Robert Hochner, der hier mal gründlich seine links-liberale Maske gelüftet hat und uns seine staberleske Fratze vor Augen geführt hat.

Übrigens wurde vor 12 Jahren, also 1977 nur wenige hundert Meter vom Ort der Atomisierung Herrhausens entfernt, ein anderes Vorstandsmitglied einer bundesdeutschen Bank abrupt aus dem Leben abberufen. Damals war es der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank Jürgen Ponto. Und die damaligen TäterInnen gehörten der sogenannten »2. Generation« der R.A.F. an, während Herrhausen laut BKA-Chef Rebmann von der »4. Generation« liquidiert wurde. Auch der Siemens-Topmanager Karl-Heinz-Beckurts wird dieser 4. Generation und hier vor allem Barbara Meyer, Birgit Elisabeth Hogefeld und Sprengstoffexperten Horst Ludwig Meyer angelastet.

Bleibt anschließend die für Hochner, Staberl, Capo-Dichand & Co deprimierende, für andere aber aufbauend ermutigende Feststellung des Ex-Verfassungsschutz-Chefs Heribert Hellenbroich, daß es für exponierte Personen keinen echten Schutz gäbe....

Entstehen des Faschismus und dann ab 1933 in dessen Regierungszeit nicht als Mißbrauch empfindet — im Gegensatz zu ihren Opfern.

Während des Faschismus, mit dem sie gut leben konnte, verhielt sich die Deutsche Bank, elegant-aggressiv, der eigenen Tradition treu. Obwohl die Deutsche Bank Beziehungen in alle Industriezweige hatte, war sie doch in ihren ersten Jahrzehnten in starkem Maße DIE Bank der neuen Industrien, der Chemie- und Elektrokonzerne. 1929 brachte die Fusion mit der Disconto-Gesellschaft der Deutschen Bank ihren schwerindustriellen Flügel. Vielleicht war dies der Zeitpunkt, ab dem die Deutsche Bank wirklich eine Universalbank wurde, universal in jedem Sinne, daß man alle Linien in einem Haus hatte, von der aggressiv-reaktionären bis zur liberal-parlamentarischen.

Das Rüstungsengagement der Deutschen Bank blickt heute auf zwei qualitative Sprünge zurück. Den ersten machte sie in den zwanziger, zum zweiten trat sie in den achziger Jahren dieses Jahrhunderts an. Beide Male stand die Entwicklung in unmittelbarem Zusammenhang mit Daimler-Benz.

Mitte 1926 machte die Deutsche Bank, damals unter Führung von Emil Georg von Stauff, Nationalsozialist der ersten Stunde, die Fusion von Daimler und Benz möglich und seit spätestens diesem Zeitpunkt kontrollierte sie den Konzern, ist Daimler-Benz eine "Industriefiliale" der Deutschen Bank.

Daimler und Benz waren immer auch in der Rüstung aktiv gewesen. Und zwar nicht nur im Transport- und LKW-Wesen. Der Daimler-Motoren-Gesellschaft gebührt auch die traurige Berühmtheit, das erste Panzerauto der Welt gebaut zu haben und im ersten Weltkrieg den einzigen einsatzfähigen deutschen Tank, der 1918 zur Truppe kam. Ein "richtiger" Rüstungskonzern wurde man im "Dritten Reich". Mit bemerkenswerter Weitsicht, den Krieg stets vor Augen, erkannte von Stauff, welche Macht Deutschland in der Luft zu entfalten imstande sein würde. Er war dafür verantwortlich, daß die Produktion von Daimler lange vor Ausbruch des Krieges von der zivilen Autoproduktion auf die Herstellung von Flugzeugmotoren umgestellt wurde. Von Stauff unterhielt bis zu seinem Tod 1942 in der Berliner Zentrale der Deutschen Bank ein eigenes Büro für die Leitung von Daimler-Benz, die faktisch in seinen Händen lag. Daimler-Benz leistete einen unentbehrlichen Beitrag zum (wenn auch begrenzten) Erfolg der deutschen Luftwaffe. Im Krieg wurden Tochterbetriebe in den besetzten Gebieten Frankreichs, Polens und Ungarns erworben. Die Daimler-Benz AG erhielt für ihre Leistungen besondere Auszeichnungen vom Naziregime. Auf ihrem Briefkopf stellte sie voller Stolz ein goldgeprägtes Ha-

kenkreuz mit der Aufschrift "Nationalsozialistischer Musterbetrieb" zur Schau. Um den Aufbau der Rüstungsproduktion von Daimler-Benz zu ermöglichen, gewährte die Deutsche Bank gewaltige Kredite und ging ein großes Risiko ein, welches sich bald bezahlt machte. 1944 war das Unternehmen vollständig mit Aufträgen für die Streitmacht ausgelastet. Damals beschäftigte Daimler-Benz 70.000 ArbeiterInnen, unter ihnen 40% FremdarbeiterInnen und ArbeitssklavInnen aus den unterjochten Gebieten... Ihre rücksichtslose Ausbeutung brachte Daimler-Benz, brachte der Deutschen Bank Milliarden Gewinne ein. Nach dem Krieg leugnete Daimler-Benz hartnäckig, jemals ZwangsarbeiterInnen beschäftigt zu haben...

Dem Anspruch "ein richtiger Rüstungskonzern zu sein" konnte das Unternehmen in den jüngeren Jahren der BRD nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr nachkommen. Dieses Blatt hat sich heute wieder gewendet. Durch die Angliederung Anfang 1986 des Elektronikonzerns AEG, 1985 des Flugzeugmotorenbauers MTU und des Flugzeugproduzenten Dornier (Dornier erklärte im Oktober 1985 als erstes bundesdeutsches Unternehmen seine Beteiligung am Weltraumkriegsprogramm SDI) an Daimler-Benz — von der Deutschen Bank gegen teilweise erbittertes Sperrfeuer der Finanzgruppe Dresdner Bank (zu dem ehemals die AEG rechnete) erstritten — wurde eine neue Qualität erreicht. Sie fand dann bald innerbetrieblich in der Bildung der neuen Division "Wehrtechnik" ihren organisatorischen Ausdruck. Nunmehr war man die "Nummer 1" in der bundesdeutschen Rüstungsindustrie, nun mehr war auch die Deutsche Bank wieder "richtig im Geschäft". Mittels Eigenbesitz (28,5% des Kapitals) und Depotstimmrecht verfügt die Deutsche Bank über eine ungefährende Mehrheit. Diese Macht wird ergänzt durch umfangreiche personelle Verflechtungen. Seinen offenkundigen Ausdruck fand dieser Sachverhalt im Wirken Bank-Sprechers Herrhausen als Daimler-Aufsichtsratschef. Vierzig Jahre nach Gründung der BRD wird die aktuelle Diskussion auch durch das Bemühen der Deutschen Bank geprägt, der "Rüstungs-Nr.1" auch die "Nr.2" hinzuzufügen, nämlich Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB, Rüstungsumsatz 3,5 Mrd. DM, 1987).

Jetzt hat die deutsche Bundesregierung der Verschmelzung von Daimler-Benz und MBB zugestimmt. Dadurch entsteht ein gewaltiger bundesdeutscher Kriegstrust unter der Herrschaft der Deutschen Bank.

Vergebens hatten gesetzestreue Beamte im Kartellamt die Fusion zu verhindern versucht. Nach einem Jahr Verzögerung fällte Wirtschaftsminister Helmut Haussmann die Entscheidung zu Gunsten der Deutschen Bank (wie nicht anders zu

erwarten war).

Aus der inzwischen hinfalligen, aber doch bezeichnenden Entscheidung des Bundeskartellamtes (April 1989): "Wer das System führt hat die Macht (...) Das Zusammenschlußvorhaben ist zu untersagen. Die Daimler-Benz AG erlangt durch den Zusammenschluß einen beherrschenden Einfluß auf MBB. Es ist zu erwarten, daß im Bereich der Wehrtechnik (...) marktbeherrschende Stellungen der Unternehmensgruppe Daimler-Benz/MBB auf den Märkten für militärische Flugzeuge und Hubschrauber, für Lenk Waffen und Triebwerke (...), für unbemannte Kleinflugzeuge (Drohnen) und für Wehrelektronik entstehen. (...) Durch den Zusammenschluß entsteht eine im Rüstungsbereich dominierende Unternehmensgruppe, deren Marktmacht (...) auf einer Monopolstellung als Systemführer beruht (...) Zwischen den wichtigsten im Rüstungssektor tätigen Unternehmen besteht eine Vielzahl personeller Verflechtungen (...) so ist z.B. der Großaktionär von Daimler-Benz, die Deutsche Bank AG, in den Aufsichtsräten folgender im Rüstungssektor tätiger Unternehmen vertreten: AEG, Thyssen, Mannesmann, Klöckner-Humboldt-Deutz, Daimler-Benz, Siemens, Diehl, Rheinmetall, Feldmühle-Nobel AG (...)." (FAZ, 25.4.1989)

Die Neuordnung der europäischen Luftfahrt- und Rüstungsindustrie ist "Deutschlands nationale Aufgabe", schrieb einmal die "Welt" (1.10.1988) unter dem Titel: "Die nationale Tat". Doch es geht nicht mehr um "nationale Aufgaben oder Taten", sondern um die Profite der Wirtschaft (ziviler und militärischer Natur), die puren Machtverhältnissen unterworfen ist und umgekehrt: Wer die Wirtschaft beherrscht, hat die Macht — wer die Macht hat, beherrscht die Wirtschaft.

So hat z.B. die Firma Siemens (vor AEG der erste Elektrokonzern der Deutschen Bank) Plessey, den englischen Rivalen übernommen. Die Rüstungselektronikfirmen der BRD, Großbritanniens und Frankreichs sind somit eng verknüpft. Kohl und Thatcher sprachen von einer "stillen Allianz zwischen Bonn und London." (FAZ, 21.2.1989)

Auch Österreich ist schon längst mit dabei. Die Creditanstalt-Bankverein (CA), die größte Bank des Landes, mit den besten Auslandsverbindungen ist heute in die europäische Bankengruppe EBIC, die klar von der Deutschen Bank dominiert wird, fest eingebunden. Risikolose Finanzierungen von Großprojekten in Österreich (z.B. Sill-Illnitz-Kraftwerke) behält sich die Deutsche Bank vor. Dem österreichischen Kapital überläßt man unsichere Ortsgeschäfte (z.B. Nagymaros). Die Tochterbetriebe einer langen Reihe von Industriekonzernen, die in der BRD zum Geschäftsbereich der Deutschen Bank gehören, werden in Österreich durch die

CA vertreten, so z.B. Siemens, Bosch, Henkel, Unilever, Hoechst, Nestle... Im "Internationalen Beirat" der CA finden sich neben dem langjährigen Präsidenten der Deutschen Industrie- und Handelskammer Otto Wolff von Amerongen und dem früheren "EG"-Präsidenten Gaston Thorn auch Vertreter unter anderem von Siemens, VW, Bosch, Olivetti und Generali. Im "Nationalen (!) Beirat" sitzen neben großen österreichischen Industriellen Beauftragte folgender ausländischer Unternehmen: Agip, Allianz, Bayer, BBC, BMW, BP, Castrol, Esso, Generali, Henkel, Hirschmann, Hoechst, IBM, Kleider Bauer, Master Foods, Mobil, Nestle, Nixdorf, Philips, Shell, Siemens, Suchard und Unilever. Werden österreichische Betriebe zu Zulieferern der deutschen Großindustrie *saniert*, liefert die CA gleich ganze Betriebe der Deutschen Bank zu: Verkauf der Semperit Reifen AG zu 75% an Continental Gummiwerke AG in Hannover, und der Steyr-LKW-Produktion an MAN. Kein Wunder, daß der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, auf Einladung der CA nach Wien eilte, um dort unmißverständlich mitzuteilen: "EG kann noch weitere Mitglieder verkraften." (Titel in der "Presse" 24.9.1988).

Alfred Herrhausen kündigte weiters an, er werde sich durch den Kauf von Banken in ganz Europa für den schärferen Wettbewerb im EG Binnenmarkt rüsten. In Italien und Spanien ("Bancotrans", deren Anschluß Herrhausen durch persönliche Intervention in Madrid erzwang) hatte er schon je eine Bank erworben. Ihr Erwerb, sagte er damals, sei unerlässlich für seine Europastrategie, und zur Gesamtstrategie gehört wohl die Gründung einer Tochter von AEG in Ungarn. Eine Gesamtstrategie wird notwendig sein bei all den Möglichkeiten, die die "Eröffnung" eines riesigen Marktes im Osten in sich birgt, und seit ein paar Tagen wird auch ein neuer Führer dieser Gesamtstrategie benötigt. Alfred Herrhausen, der die Fähigkeit auch Rückschläge hinzunehmen — Anschläge nicht — besaß, ist tot. Er hinterläßt nicht nur Frau und Kinder, sondern auch ein Wirtschaftsimperium, das Inbegriff des modernen Faschismus ist. Aufgebaut in der Zeit des Nationalsozialismus profitieren seine Führer und Handlanger heute von der Ausbeutung der sogenannten "Dritten Welt", dem Engagement zugunsten des Apartheidregimes in Südafrika und wollen uns "friedlich" in das Vereinigte Europa führen. — Wer nicht mit will, der bleibt auf der Strecke. Doch wir wollen nicht mit, und wir werden auch nicht auf der Strecke bleiben, Herr Herrhausen!

QUELLEN: Hermanns Pfeiffer "Die Macht am Main" / "Foehn" 12/April 1989 / "Zusammen" Nummer 25/Oktober 1989 / "OMGUS - Office of Military Government for Germany, United States: Ermittlungen gegen die Deutsche Bank."

Göttingen (BRD): Von Trauer und Wut zum Kampf:

Zur Ermordung von Conny

Wie im letzten TATblatt kurz berichtet, wurde am 17. November in Göttingen (BRD) eine 24jährige Antifaschistin im Zuge eines Angriffes der Polizei von einem Auto angefahren und getötet. Dazu erreichte uns nun der folgende Augenzeugenbericht:

(Augenzeugenbericht; autonome Berichte (bearbeitet und gekürzt))

»Es fing an um 20.50 Uhr, als sechs bis acht AntifaschistInnen in der Burgstraße vor einer Kneipe standen. Acht Neonazis, mit Knüppeln bewaffnet, kamen aus der Kneipe und versuchten, die AntifaschistInnen anzugreifen. Es kam zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf zwei Faschisten verletzt wurden. Nach dieser Auseinandersetzung zogen sich die AntifaschistInnen zurück. Einer davon wurde von den Bullen festgenommen und nach der Personalienfeststellung wieder freigelassen. Andere Leute, die nach dieser Aktion über Telefon verständigt wurden, trafen etwa zehn Minuten später ein. Diese Menschen — 20 bis 25 — zogen dann in Richtung Innenstadt, wobei die Bullen mehrere Sperren errichteten. Diese wurden umgangen, um in Richtung Uni zu gelangen, mit dem Ziel sich dort aufzulösen.

Über Bullenfunk sprachen die Bullen von den »Chaoten«. Sie kümmerten sich erst einmal um die Neonazis, welche sie aus der Innenstadt begleiteten. Als die Neonazis die Stadt verlassen hatten, wollten die Bullen die AntifaschistInnen angreifen. Sie fragten wörtlich über Funk: »Sollen wir sie plattmachen?« Es folgte eine Abstimmung über Funk, in der sich die Bullen für das »Plattmachen« entschieden. Sie zogen eine Hundestaffel sowie mehrere Zivile Sonderkommandos (ZSK) und mehrere Streifenwagen zusammen. Die AntifaschistInnen waren zu diesem Zeitpunkt kurz vor dem Unigelände in einem Durchgangsweg. Die Bullen kamen von zwei Seiten und versuchten, die Menschen festzuhalten. Diese standen am Ausgang des Durchgangs zu einer sehr stark befahrenen vierspurigen Straße. Ein Wagen stellte sich den AntifaschistInnen in den Weg, ein anderer stand kurz dahinter, wobei ein Bulle mit Kelle eine der vier Fahrspuren abspernte. Dies alles jedoch ohne Blaulicht und dadurch für herankommende AutofahrerInnen erst zu spät zu erkennen. Auf den anderen Fahrbahnen lief der Verkehr weiter.

Die AntifaschistInnen versuchten, um die beiden Wagen herumzukommen, als ein dritter Wagen auf der Mitte der Fahrbahn hielt. Die Bullen sprangen mit gezogenem Knüttel aus diesem Wagen heraus und versuchten, die Menschen zu schlagen und abzugreifen. Dabei setzten sie auch noch Tränengas ein. Conny versuchte, einem Der Bullen, der sie direkt angriff, in die einzig mögliche Richtung auszuweichen — Richtung zweite Fahrspur. Zu diesem Zeitpunkt kam ein PKW mit recht hoher Geschwindigkeit heran. Conny

wurde erfaßt, durch die Luft geschleudert und war sofort tot.

Die Bullen schlugen weiterhin auf die AntifaschistInnen ein und versprühten CS-Gas. Sie forderten sogar einige Leute auf, sich neben Conny auf die Straße zu legen. Menschen, die sich um Conny kümmern wollten, wurden von den Bullen mit Knüppeln und Hunden bedroht. Keiner der Bullen bot an, Erste Hilfe zu leisten. Der Notarzt, der etwa acht Minuten später eintraf, stellte nur noch den Tod fest. Mittlerweile hatten sich zwei Zivis (entsprechen den Stapos bei uns; Anm. TATblatt) unter die Leute gemischt und versuchten, sie dazu zu bewegen, Steine zu schmeißen, was nicht gelang.«

Direkt danach begann die Polizei Falschinformationen an die Presse zu lancieren. Sie ließen verbreiten, daß Conny »aus noch ungeklärter Ursache« auf die Straße gesprungen sei und Autonome den Notarztwagen behindert hätten. Der Zweck dieser Propagandalügen dürfte wohl sein, den politischen Mord zu verschleiern und daraus noch Kapital zu schlagen, indem sie ihre Verhinderung der Erste-Hilfe-Leistung umlügen. In den letzten Wochen hat sich die Polizei als neutrale Hüterin von Ruhe und Ordnung darstellen lassen, die die Angriffe von Faschos verhindert. Der Kampf zwischen Faschisten und AntifaschistInnen wurde dabei als eine Auseinandersetzung rivalisierender Jugendbanden präsentiert.

Die Angriffe der Faschos waren in den letzten Monaten so massiv geworden, daß nicht nur Autonome, sondern auch andere Gruppen, wie SkaterInnen, Grufties, DiscobesucherInnen usw damit begannen, den antifaschistischen Selbstschutz gemeinsam zu entwickeln.

Der Mord an Conny darf nicht vergessen werden. In der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin kam es zu zahlreichen spontanen Demonstrationen und Polizeistationsentscheidungen. Die Stelle des Mordes wurde zwei Tage und Nächte besetzt gehalten. Viele Leute brachten Blumen und Kerzen an den Platz, an dem unsere Genossin starb. Nachdem die Meisten den Platz verlassen hatten, kam am Sonntag gegen 23 Uhr die Polizei und knüttelte die Noch Verbliebenen fort...

Der Kampf gegen den Faschismus ist ein Teil der Kämpfe, die Conny mit uns gemeinsam führte. Sie wird weiterleben in unseren Kämpfen für ein kollektives selbstbestimmtes Leben ohne Ausbeutung und Herrschaft.

Kurzmeldungen

AFRIKA

GABON

(ZAST)

Die satirische Zeitschrift *Le Patriote* wurde nach 15-jährigem Erscheinen von der gabonesischen Regierung beschlagnahmt. *Le Patriote* enthüllte Fakten wonach zwei derzeitige Minister (Divungi di Ndingu (Energie) und Lous Gaston Mayila (Arbeit) beim Putschversuch am 25. September beteiligt waren.

NAMIBIA

(ZAST):

SWAPO gewann die Novemberwahlen mit 57,3 % der Stimmen und errang damit 41 der insgesamt 72 Sitze. Die Zweidrittelmehrheit verfehlte jedoch die SWAPO. DTA (Deutsche Turnhallen Allianz) erhielt 28,5% der Stimmen, was 21 Sitzen gleichkommt. Die Wahlbeteiligung betrug 95 %. Die SWAPO ist so für die Verfassungsgebende Versammlung zu einer Koalition gezwungen, da die Verfassung nur mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann.

CHAD/SUDAN

(ZAST)

Schwerer militärischer Konflikt zwischen chadischen Armeeeinheiten und der 'Islamic Legion', die von Libyen finanziert wird und die Unabhängigkeit der sudanesischen Provinz Darfour anstrebt, die den Aouzou-Streifen beinhalten würde, der dzt. unrechtmäßig von Libyen beansprucht wird. Derzeit sind ca. 700 Opfer auf beiden Seiten zu beklagen. Jana (lib. Nachrichtenagentur) dementiert jede libysche Involvement. (Wer gegen wen und v.a. warum???) Der Tipper)

ZIMBABWE

(ZAST)

Am 4. Oktober wurde die Universität von Zimbabwe geschlossen. Die 9.000 StudentInnen mußten binnen 24 Stunden den Campus verlassen, Stipendien wurden sofort eingefroren. Seitdem anhaltende StudentInnenunruhen, wo bisher ca. 100 StudentInnen festgenommen wurden. Der Zimbabwe Congress of Trade Unions (ZCTU) verurteilte die Schließung der Universität durch die Regierung Mugabes. R. Mugabe reagierte prompt und ließ den Vizepräsidenten der ZCTU (Morgan Tsvangirai) verhaften. Grund für die Auseinandersetzung war, daß die Regierung am

29.10.1989 ein öffentliches Seminar über Korruption untersagte, woraufhin die StudentInnenunion - SRC - scharf protestierte und sich gegen diesen Anschlag auf die Demokratie verwahrte. Anlaß für dieses Anti-Korruptions-Seminar war der 'Willowvale Skandal', wo zahlreiche Minister in Autoschmuggel involviert waren (fünf mußten schließlich zurücktreten). Der Minister für 'Political Affairs', Frederick Shava, wurde trotz Schuldspruch von R. Mugabe begnadigt, was bei der Bevölkerung großen Unmut auslöste.

LIBERIA

(ZAST)

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Liberia und China sind defacto abgebrochen. Die liberische Botschaft in China wurde geschlossen und alle 38 liberischen Studenten haben China bereits verlassen. Auslöser für den Abbruch der Beziehungen war die Anerkennung Taiwans durch Liberia und die Eröffnung einer Botschaft in Taiwan.

BUCHTIP:

(ZAST)

Christian NEUGEBAUER, "Einführung in die afrikanische Philosophie", Verlag der Afrikanischen Hochschulschriften, München/Kinshasa/Libreville 1989, 312 Seiten.

Das Buch von Christian Neugebauer bietet im deutschsprachigen Raum den ersten umfassenden und kritischen Überblick zur Geschichte der Philosophie in Afrika. Das Buch gliedert sich in vier große Abschnitte: Allgemeine Einführung, wo er sich kritisch mit gängigen Wissenschaftsmythen über Afrika auseinandersetzt und die politische Ökonomie Afrikas als Grundbedingung für das Verstehen der Philosophie in Afrika installiert, wobei er auch Vergleiche zwischen Afrika und Deutschland zieht.

Weiters zur Lage und Situation der Universitäten in Afrika, Quellen der Philosophie Afrikas und die bildungstheoretischen Konzeptionen von Odera-Oruka, P.J. Hountondji und K. Wiredu.

Im zweiten Großkapitel unter dem Titel 'Assimilation-Authentizität-Akkulturation' setzt er sich kritisch mit diesen Konzepten auseinander und deckt deren kolonialapologetische Intention auf. Schließlich führt er die Rezeption der europäischen

Philosophie in Afrika anhand Aristoteles, Kant, Hegel, Marx, Tempels, J. Dewey und R. Horton aus, die er allesamt als Rassisten und Apologeten des Kolonialismus demaskiert. Hier zeigt sich, daß der Diskurs der Aufklärung und revolutionäre Ansätze gegenüber Afrika versagt haben; sie alle waren nicht frei von Rassismus, Paternalismus und Kulturdünkel. Dieses Kapitel stellt für die europäische Philosophiegeschichte eine echte Herausforderung dar und gibt jenes (Gegen)Wissen, um die europäischen Philosophen kritisch zu hinterfragen und die Positionen afrikanischer Intellektueller verstehen zu können. Schließlich deckt er konkret die Kollaboration der Ethnologie mit dem Kolonialismus anhand zahlreicher Beispiele auf und diskutiert die verschiedenen rassistischen Konzeptionen in der zeitgenössischen Ethnologie.

Das dritte Großkapitel 'Die Philosophiehistorie und der afrikanische Sozialismus' setzt sich mit der 'Akan-Philosophie' und der klassischen äthiopischen Philosophie auseinander. Den afrikanischen Sozialismus legt er anhand Kwame Nkrumahs, Julius K. Nyereres und Leopold S. Senghors dar. Er bespricht deren theoretische Entwicklung und ihre Diskussion im afrikanischen Diskurs durch afrikanische Intellektuelle. Was europäische Gelehrte dazu sagen, ignoriert er, denn er weist ihr Wissen als falsch und erkenntnishemmend nach, womit eine Auseinandersetzung mit ihnen unnötig ist und einer eurozentrischen Überbewertung gleichkommt.

Im letzten, vierten Großkapitel stellt Christian Neugebauer den derzeit bedeutendsten Philosophen Afrikas - den anarchistischen Erkenntnistheoretiker Kwasi Wiredu (Ghana) - vor, diskutiert kritisch seine erkenntnistheoretischen Thesen und führt die Diskussion Wiredu in der Philosophie Afrikas aus. Im Anhang findet man eine rund 30seitige Bibliographie, die so ein selbständiges Studium erlaubt.

Gesamt ist diese Werk als erste Einführung in die Philosophie und Ideologie Afrikas für jede/n unabhömmlich, der sich ernsthaft mit der Ideengeschichte und Kultur Afrikas auseinandersetzen bzw. orientiert sein will. Es ist ein spannendes Lesebuch über einen hier verlegneten und unbekanntem Diskurs. Das Buch ist erhältlich direkt beim Autor zum Subskriptionspreis von öS 250: Ch. Neugebauer, Hauptplatz 9/3/10, A-2325 Himberg. Danach 350 öS bei den Afrikanischen Hochschulschriften, Postfach 1261, D-8011 Poing b. München.

X minus Y

Vor einigen Monaten erfuhren wir vom TATblatt Kollektiv erstmals von der Existenz des XminusY Projekts. Durch die Auseinandersetzung mit diesem Projekt und durch Diskussionen im Kollektiv, haben sich einige Menschen aus dem Kollektiv zu einer Zusammenarbeit mit XminusY entschlossen.

...AUSGANGSPUNKTE

Durch unsere Erfahrungen in den diversen politischen Gruppen und durch ein Jahr Arbeit beim TATblatt ist für uns klar geworden, daß der größte Teil der österreichischen Solidaritätsgruppen auf staatliches Geld angewiesen, von Parteien abhängig, oder auf kirchlicher Ebene organisiert ist.

Fast alle Projekte, die von Österreich aus finanziert werden, in den sog. Ländern der "dritten Welt" laufen auf humanitärer Ebene. Solidarität mit den Befreiungsbewegungen verkommt zum bloßen Lippenbekenntnis. Auch beim TATblatt ist es bisher so gewesen, daß sich die Solidarität auf die Weitergabe von Informationen beschränkte.

Wir setzen uns in Österreich mit Gruppen auseinander, die sich für eine Veränderung des gesellschaftlichen Systems einsetzen. Genauso wollen wir uns aber auch mit Befreiungsbewegungen in der sog. "Dritten Welt" auseinandersetzen. Wir wollen Informationen von ihnen weitergeben, ihre Konzepte zur Diskussion stellen, aber wir wollen auch aktive Solidarität leisten.

Es geht uns darum in Österreich eine Diskussion über Solidarität mit Befreiungsbewegungen zu forcieren.

Wir alle konnten in den letzten Wochen die Berichte aus El Salvador mitverfolgen, wir alle (hoffentlich) freuten uns über die Erfolge der FMLN und der Bevölkerung, gegen die rechtsextreme Regierung. Viele andere Befreiungsbewegungen und deren Erfolge werden in den bürgerlichen Medien wohlweislich verschwiegen. XminusY hat die Kontakte und kann Informationen an uns weitergeben. Wir möchten versuchen diese Informationen über das TATblatt weiterzugeben um die Diskussion auch bei uns zu ermöglichen.

Als ersten Schritt haben wir ein Konto eröffnet; alle Einzahlungen auf dieses Konto werden an XminusY geschickt, und für die jeweiligen Projekte verwendet

Kontonummer: P.S.K. 7624.173 Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt Verwendungszweck: XminusY

Der jeweilige Kontostand wird in jedem TATblatt veröffentlicht.

Nach einigen Gesprächen haben wir uns mit XminusY auf folgende Ebene der

Zusammenarbeit geeinigt: Geld das über das oben genannte Konto gespendet wird, wird von XminusY nur für Bewegungen und Organisationen in der sog. 3. Welt verwendet; d.h. kein einziger Schilling geht an westeuropäische Gruppen, und nichts wird für die Selbstkosten von XminusY abgezogen.

In diesem TATblatt gibt es einen Artikel über El Salvador und einen über die Philippinen. Die Befreiungsbewegungen FMLN und NPA werden ebenfalls von

XminusY unterstützt.

Unser Vorschlag ist, daß die gesamten Spenden bis zum Ende dieses Jahres, an die FMLN weitergeleitet werden sollen (also, leert einmal ordentlich eure pralle Geldbörse).

Im nächsten TATblatt werden wir über das genaue XminusY Programm von 1990 berichten, um euch einen Überblick der unterstützten Bewegungen zu ermöglichen.

XminusY

XminusY versteht sich als unabhängige Organisation, die seit 20 Jahren politisch und finanziell, Organisationen in der sog. 3. Welt und in Europa unterstützt, die für eine fundamentale Veränderung ihrer eigenen Gesellschaft kämpfen.

Es handelt sich dabei um Bewegungen, die aufgrund ihrer politisch linken und radikalen Einstellung keine Unterstützung von staatlichen oder international etablierten Organisationen erfahren.

Kriterien für die finanzielle Unterstützung sind eben nicht die richtige politische Zugehörigkeit und die Schaffung von neuen Abhängigkeiten, sondern das Verändern von sozialen, politischen und ökonomischen Mißständen auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Solidarität und Emanzipation. Z.B. unterstützt XminusY eine Organisation landloser Bauern und Bäuerinnen in Bangladesch, die gegen die Großgrundbesitzer kämpft. Diese Gruppe organisiert Landbesetzungen und Großmärkte.

Im Mittelosten unterstützt XminusY

schon mehr als 10 Jahre Komitees und Gruppen die für die Rechte der palästinensischen Bevölkerung eintreten. XminusY ist der Ansicht, daß die Bestrebungen der PalästinenserInnen, nach einem eigenen unabhängigen Staat, unterstützt werden müssen und erkennt die PLO als legitime Interessensvertretung des palästinensischen Volkes an.

XminusY hat es zu seinem Ziel gemacht, weder von öffentlichen Subventionen des Staates noch von anderen Organisationen (z.B. kirchlichen) abhängig zu sein. Das jährliche Etat von ungefähr 700.000 Gulden (umgerechnet ca. 4,2 Mio.S) setzt sich ausschließlich aus Spenden tausender privater Personen in den Niederlanden zusammen.

Dieses Geld geht an Organisationen in der sog. 3. Welt, und an unabhängige Gruppen in Europa, die aktive politische Arbeit leisten. Ein möglichst geringer Teil wird für die Deckung der eigenen Kosten XminusY's verwendet.

da gehört was von x-y ran
(Symbol oder so)
keine Ahnung, wer die Sachen verräumt hat.
ich hab kein Book mehr auf weitersehen.

Philippinen

Der Basenputsch

".....dieses war der sechste Streich und der..." Eine kurze Vorgeschichte zu den "RAM-BOY"-Spielen in den Philippinen.

(Philippinen-Komitee)

WAFFENSTILLSTAND UND FRIEDEN

Seit 20 Jahren kämpft die NDF (Nationale Demokratische Front) mit ihrem bewaffneten Arm NPA (Neue Volksarmee) nun bereits für eine umfassende Lösung der grundlegenden Probleme des Inselstaates. Sie lassen sich für die Befreiungsbewegung auf 3 Grundübel reduzieren: Imperialismus der USA, die feudalistischen Strukturen und der bürokratische Kapitalismus.

Nach Einschätzung der NDF werden die USA alles daran setzen die Vorherrschaft in der Region weiterhin abzusichern, obwohl Präsident Gorbatschow letztes Jahr den Abbau der sowjetischen Cam-Ranh Base ankündigte. Voraussetzung dafür sei allerdings ein Verzicht der USA auf ihre Basen in den Philippinen.

Anfang November erneuerte die NDF im Zuge der angeheizten Basendiskussion ihren bemerkenswerten Vorschlag vom August dieses Jahres. "Wir sind bereit einen einseitigen Waffenstillstand zu erklären, wenn Präsidentin Aquino eine Exekutivorder erläßt, in der sie festhält, den derzeitigen Basenvertrag nicht zu verlängern und keine neuen Vereinbarungen einzugehen", verkündete der internationale Sprecher der NDF Luis Jalandoni und meinte weiters: "Die Militärbasen sind für die NDF untrennbar mit der Frage der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und militärischen Vorherrschaft der USA verbunden."

Das Aquino-Regim lehnte dieses Angebot zur Beendigung des Bürgerkrieges ab.

KEINE BASEN — KEINE HILFE

Präsidentin Aquino besucht, zu dieser Zeit, Anfang November die Vereinigten Staaten und Kanada. Mehr Wirtschafts- und Militärhilfe, mehr Investitionen, Handels- und Schuldenerleichterungen, standen im Vordergrund der Gespräche. Diese Themen waren bereits fest mit den

Verhandlungen verknüpft, die den endgültigen Preis für die Erneuerung des Basenvertrages bestimmen werden.

"Wir wollen den Philippinen ihre Demokratie stärken, zur Erholung beitragen und wir drücken unseren Glauben aus, daß ein langfristiges Abkommen unsere beiderseitige Sicherheit erhöhen wird. Ein neues Abkommen wird die fortgesetzte wirtschaftliche und militärische Hilfe der USA absichern."

Klare Worte des US-Präsidenten Bush. Der Pachtvertrag für die zwei größten US-Basen außerhalb des US-Territoriums, Subic Naval Base, Clark Air Base und für vier weitere Militäreinrichtungen läuft im September 1991 aus. Die Verhandlungen über deren Zukunft sollen Mitte Dezember in Manila beginnen.

ANTI-BASEN STREIK

Aus Protest über die vermeintliche "geheime Übereinkunft" zwischen Aquino und Bush über die Verlängerung des Basenabkommens, rief ein Großteil der Philippinischen Gewerkschaften am 10. November zu einem eintägigen Generalstreik auf. In vielen Teilen Manilas fanden Großdemonstrationen statt. Jene vor der US-Botschaft wurden von der Polizei gewaltsam aufgelöst und der Vorsitzende der fortschrittlichen Studentenorganisation LFS (League of Filipino Students), Nathaniel Santiago, zusammen mit anderen Demonstranten inhaftiert.

Aber nicht nur die Gewerkschaften sondern auch eine Vielzahl von Basisorganisationen aus den verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren sind in einem breiten Zusammenschluß vertreten, der am 19. November unter dem Titel ABACADA (Anti Bases Campaign for Democracy) eine Kampagne startete. Ihr Ziel ist es, der bereits voll angelaufenen Regierungspropaganda mit umfassender Aufklärungsarbeit und mit Argumenten gegen die Basen entgegenzuwirken. Denn schon seit geraumer Zeit wird mit finanzkräftiger Unterstützung aus den USA in

Hochglanzbroschüren, über Radio und TV, Stimmung für die "Sicherheitsanrichtungen" in den Philippinen gemacht. Der Präsident des Asiatisch-Pazifischen Rats der Amerikanischen Handelskammer, Thomas White, bringt die Stimmung auf den Punkt, wenn er feststellt, daß das Weiterbestehen der Basen in den Philippinen stabilisierenden Einfluß auf die Region hätte und Stabilität in der Region das Wirtschaftswachstum fördere. "Wir müssen die Region gegen die andauernden kommunistischen Übergriffe schützen", fügte die philippinische Handelskammer handels-eins hinzu.

UND DANN DER PUTSCH

Mehr als fünf Tage beschossen sich die meuternden RAM-Boys (Reform the Army Movement) und die Aquino-loyalen Truppen. Präsidentin Aquino rief sogar den Ausnahmezustand aus. Geschätzte 400 versprengte Putschisten hielten sich angeblich zuletzt noch in den Banken und Hotels des Gesellschaftsviertels Makati in Manila verschanzt. Ihnen stand eine hochgerüstete Armee mit ca. 250000 Berufssoldaten gegenüber. Die "Meuterer" befinden sich bereits wieder in den Kasernen.

Und als zu Beginn der Kämpfe zwischen den rivalisierenden Militärs der Internationale Flughafen gesperrt und angeblich der Präsidentenpalast bombardiert wurde, bat die Präsidentin die große Schutzmacht um Hilfe. Bush gab sein Okay. Die US-Bomber starteten von Clark-Air Base Richtung Manila. Eine direkte Intervention der USA.

Mitte November sollen in Manila die Basen-Verhandlungen beginnen. Und da soll noch wer an der Notwendigkeit der US-Basen zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität, Freiheit und Demokratie zweifeln?

Zum sechsten Mal "gerettet", setzt unterdessen das Aquino-Regime gemeinsam mit US-Militärberatern den "totalen Krieg" gegen die philippinische Linke mit unverminderter Brutalität fort.

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER

Das andere Papier.

WIEN

1020
Springerg. 1
Tel. 2166305

WIEN

1070
Schottenfeldg. 53
Tel. 964307

GRAZ

8010
Glacisstr. 23
Tel. 832703

LINZ

4020
Waltherstr. 2
Tel. 283420

El Salvador Großoffensive der FMLN dauert an

Im folgenden werden die Ereignisse in El Salvador seit dem 20.11.89 gebracht. Wegen mangelnder Zeit, mangelnder Koordinierung und fehlender/fehlendem spanischer/ spanischem ÜbersetzerIn (neueste Infos aus El Salvador waren vorhanden, nur leider in spanisch) sind die Berichte nicht überarbeitet, sie wurde aus den verfügbaren, deutschsprachigen Zeitungen einfach übernommen. (Hoffe daß es das nächste Mal besser klappt! Anmerkung des Tippers)

(TATblatt-Wien, El Salvador-Info)

Um ihre Stärke und Flexibilität zu demonstrieren besetzte die FMLN am 21.11. das Sheraton-Hotel, in dem sich neben dem Generalsekretär der OAS eine Reihe US-amerikanischer, chilenischer, guatemalteckischer und israelischer Militärberater sowie einige bundesdeutsche GSG-9 Rambos aufhielten. Mit Ausnahme eines Stockwerkes wurde das gesamte Hotel besetzt, einige ausländische Militärberater mitgenommen und nach Verhandlungen zwischen FMLN, der Kirche, Regierung, und der spanischen Botschaft an diese übergeben. Einer der verhafteten US-Berater zollte der Professionalität der FMLN größte Anerkennung, die Übrigen wagten sich erst 14 Stunden nach Abzug der FMLN aus dem Hotel.

Während Generalstabschef Emilio Ponce und der Lateinamerika-Verantwortliche des US-Außenministeriums vor JournalistInnen das Scheitern der FMLN-Offensive verkündeten, formierten sich deren Einheiten neu, um in der dritten Woche der Offensive den Krieg in das "Herz des Feindes" — die Wohnviertel der Oligarchie zu tragen. Dort erbeutete die FMLN zahlreiche Waffen in den Villen der Militärs, die Armeeführung befahl schließlich Luftangriffe gegen die Nobelgehenden. Am 30.11 ordnete das Oberkommando der FMLN eine sechsstündige Feuerpause zur Evakuierung von AusländerInnen an, "um internationale Verwicklungen zu vermeiden". Insgesamt verließen mehr als 200 US-Amerikaner das Land. Gegen Ende der Woche zog sich die FMLN wieder zurück. Ihr Waffenstillstandsangebot ist genauso aufrecht wie die von Salvador Samayoa (Politisch-diplomatische Kommission der FMLN) bekundete Entschlossenheit, "bis zur Ablösung der Tandonas zu kämpfen". Armeeführung und US-Berater spielten die militärische Bedeutung dieser Aktion herunter: Die FMLN konnte mit der Sheraton-Aktion und der Besetzung Escalons und anderer Nobelviertel punkten. Vor der Bevölkerung El Salvadors entlarvte sie einmal mehr, daß das Regime das Leben der Armen zynisch verachtet. International bewies sie, daß es durchaus möglich ist, zur Lösung konkreter Probleme zu verhandeln.

In der letzten Novemberwoche gab es

auch in anderen Teilen der Stadt und des Landes Gefecht, die massive Präsenz der FMLN erzwang weitere Truppenkonzentrationen der Armee in der Hauptstadt. Wichtige Verbindungsstraßen waren zeitweise in der Hand der FMLN. FMLN-Einheiten griffen das Kraftwerk Cerron Grande mit selbstgebaute Artillerie an. Auch in weiteren Städten waren Armee- und Polizeieinrichtungen Ziele von FMLN-Attacken. Die FMLN rief die KaffeepflanzerInnen auf, ihren KaffeepflückerInnen die vereinbarten Löhne zu zahlen, da die Armee nunmehr als Schutzfaktor ausfiel.

Weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit setzte die Luftwaffe ihre Angriffe auf die Zivilbevölkerung fort.

Verfügbare Chronologie seit dem 21.11.89

(TATblatt-Wien, Venceremos, Informationsdienst El Salvador)

21.11.89

Um 3 Uhr morgens drangen Einheiten der FMLN überraschend in die Wohnviertel der Großbourgeoisie in den Nordosten der Hauptstadt ein. Das Heer, das trotz seiner Siegespropaganda in den Stunden zuvor an verschiedenen Punkten San Salvadors Überraschungsangriffen der Guerilla ausgesetzt war, zog schnell seine besten Elitetruppen, verstärkt von Panzer-einheiten, in die umkämpfte Zone.

Die Guerilla dringt in die Häuser einiger hoher Offiziere ein und erbeutet

bezahlte Anzeige:

Kräftig.

Für den friedlichen Aufbau Nicaraguas.



EZA Dritte Welt Laden
 Wien VIII, Lerchenfelder Straße 18-24, Telefon 48 39 96
 Mo bis Fr von 10 bis 13 Uhr und 14 bis 18 Uhr, Sa 9 bis 12 Uhr

EZA Warenlager
 Wien V, Obere Amtshausgasse 38, Tel. 54 34 32



**ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT
 MIT DER DRITTEN WELT**

Foto: Pausenwern

Geheimdokumente des Heeres sowie der Todesschwadronen.

24.11.89

Der Chef der salvadorianischen Luftwaffe, General Bustillo, betonte erneut, daß ein Verhandlungsdialog keine Alternative für die Lösung des Krieges im Lande sei. Für Bustillo besteht die einzige Lösung darin, alle KämpferInnen der FMLN zu vernichten.

Breite Kreise fordern Verhandlungen wie z.B. der Bischof von San Salvador Rosa Chavez.

Der venezolanische Botschafter Alberto Oreno wiederholte das Angebot seiner Regierung, Venezuela als zukünftigen Ort von Verhandlungen zu nutzen.

26.11.89

Angriffe auf militärische Einrichtungen und Sabotage finden im Land statt.

27.11.89

Die ARENA-Regierung setzte das schon vor einem halben Jahr geplante Anti-Terror-Gesetz in der gesetzgebenden Versammlung von El Salvador durch. Die Christdemokraten und die PCN zogen sich vor der Abstimmung, aus Protest gegen diese Gesetze, von der Versammlung zurück. Die christdemokratische Partei wies darauf hin, das Gesetz verfolge das Ziel, Köpfe abzuschneiden und jegliche Opposition zum Schweigen zu bringen. Cristiani sei dabei, eine Diktatur zu errichten. Dementsprechend war der Vorgang, wie die ARENA-Partei das Gesetz durchpeitschte, genauso undemokratisch wie der Inhalt des Gesetzes.

Mit der Einführung des diktatorischen Anti-Terror-Gesetzes werden faktisch alle demokratischen Freiheiten, wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit etc. außer Kraft gesetzt. Jede Person kann nun wegen dem Besitz unerwünschter Literatur oder Verbreitung subversiven Materials bestraft werden. Dies gilt auch für alle AusländerInnen einschließlich internationaler JournalistInnen. Alle der Subversion verdächtigen Personen unterstehen der Militärgerichtsbarkeit und nicht mehr den zivilen Gerichten. Das Alter der Strafverfolgung wurde von 16 auf 14 Jahre heruntersetzt. Verdächtige können in Zukunft ohne richterlichen Haftbefehl bis zu 15 Tagen festgehalten werden (bisher 72 Stunden). Die Regierung verbot den Fernsehanstalten die Veröffentlichungen aller Bilder oder Deklarationen von TerroristInnen wie Videos, Tonbandaufzeichnungen etc.. Diese Pressezensur macht eine unabhängige Pressearbeit unmöglich.

Cristiani kündigte am Sonntag den Abbruch der diplomatischen sowie der Handelsbeziehungen mit Nicaragua an. Gleichzeitig erklärte Cristiani, daß er nicht am nächsten Gipfel der mittelamerikanischen Präsidenten in Nicaragua teilnehmen werde und eine Verlegung in ein anderes Land fordere. Als Grund für diese Schritte benannte er den angeblichen Fund

eines abgestürzten nicaraguanischen Cessna-Kleinflugzeuges in Usulután mit einer vermeintlichen Waffenladung für die FMLN an Bord.

Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega drückte seine Freude über die Entscheidung der faschistischen Cristiani-Regierung aus, die diplomatischen Beziehungen zu seinem Land abzubrechen. Es ist eine Ehre und erfüllt mit Stolz (der Abbruch der Beziehungen), denn das bedeutet, daß sie wissen, daß wir an der Seite des salvadorianischen Volkes stehen. (...). Alle Regierungen der Welt sollten ihre Beziehungen zu dieser völkermordenden Regierung abbrechen und die diplomatische Sprache beiseite lassen, sagte Ortega. Ortega wies außerdem daraufhin, daß er schon besorgt gewesen wäre, so einen Mörder in Nicaragua zu dem nächsten Gipfel empfangen zu müssen.

Der honduranische Präsident Azcona Hoyo wertete den Abbruch der Beziehungen zwischen El Salvador und Nicaragua als schlechtes Zeichen für den Friedensprozeß in der Region.

30.11.

Morgens griffen Einheiten der FMLN erneut militärische Stellungen im Norden und Nordwesten der Hauptstadt, wo auch das Luxusviertel Escalon liegt, an. Es kam zu heftigen Kämpfen mit der Armee und der Polizei. Der Sitz des Generalstabs der Regierungsarmee wurde unter Artilleriebeschuß der FMLN-KämpferInnen genommen und konnte so lahmgelegt werden. Der Guerilla gelang es, sich in verschiedenen Stadtteilen zu verschanzen und in den Villen der Militärs und hoher Regierungsfunktionäre Waffen und Munition zu beschlagnehmen. Deren private Schutzarmeen waren schon nach den ersten Schußwechseln geflohen.

Mit diesen neuen Aktionen zerstörte die FMLN den von den faschistischen Streitkräften um die Hauptstadt gezogenen militärischen Ring.

Der geplante militärische Gegenschlag der Regierungsarmee scheiterte.

(...)

Die Luftwaffe hat damit begonnen, im nordwestlichen Bereich der Hauptstadt Granaten und Raketen abzuschießen. Der FMLN-Radiosender - radio venceremos ruft die Bevölkerung von Escalon und San Benito auf, diese Zone zu verlassen, da die Luftwaffe mit Angriffen gegen die Stellungen der FMLN in den bewohnten Gebieten begonnen hat.

Die FMLN ruft dazu auf, die Hotels Terraza, Presidente, Sheraton, die Kolonien Arce, Escalon, Las Palmas, San Benito sowie die angrenzenden Gebiete zu verlassen, da die Gefahr besteht, daß sie durch den Oberbefehl der salvadorianischen Streitkräfte preisgegeben werden. Diese haben bereits begonnen, dort Granatwerfer und ihre Luftwaffe einzusetzen.

Leserbrief:

Der "tief chauvinistische", "Ausländer verachtende" Leserbriefschreiber:

Ich dachte und denke, die Forderung nach Aufhebung des Lohnarbeitsverbots gegen Menschen, die im Innenministerium als "Asylbewerber" geführt werden, ist TATblattesys(1) selbstverständlich. An KroKu-WAZ&Co hätte mein Leserbrief anders gelaute. Erschien ZEBRA's Kritik dort, so hielt ich ihre Argumentation für realpolitisch taktisch; eben als ein erfolgsversprechendes Mittel zum guten Zweck. Aber fürs TATblatt bedürfte es dieses Schmachhaft-Machens nicht. Und so nahm ich die Argumentation ernst - als Ausdruck ZEBRA's Selbstverständnisses.

Obwohl ich glaube, daß meine Kritik Eurer Forderung nach "Demokratisierung der Asylpraxis" nur absichtlich zu mißverstehen war, hier nochmals: Ich kenn kaum ein anderes Wort mit ähnlich diffusum und weitem Bedeutungsfeld als "Demokratie". Ohne nähere Erläuterung lassen sich damit kaum konkrete Vorstellungen vermitteln. Insbesondere schließt Eure Verwendung die Interpretation als Forderung nach Volksabstimmung über Asylpraxis nicht aus. Und davon halte ich nicht nur "nicht viel", sondern gar nichts! - "Zumindest heute nicht".

Am von Euch initiierten "Grätzfest" vergangenen Frühsommer (Wien 5, Einsiedlerplatz) hieß es in Eurem Kommuniké, das Entstehen von Ausländerfeindlichkeit liege (auch) am/im System. Ich versuchte in meinem Leserbrief, diese allgemeine Aussage am Beispiel der Konkurrenzsituation am *Arbeitsmarkt* zu konkretisieren.

Die herrschenden Verhältnisse zu nennen, bedeutet doch nicht sie gutzuheißen oder vor ihnen zu kapitulieren. Von der Angst vor *Kongurrenz am Arbeitsmarkt* zu schreiben, heißt nicht, "Restriktionen gegen Ausländer/innen" zu befürworten.

Unverantwortlich fände ich, diese Angst(2) als "unberechtigt" und "von den Rechten erfunden" zu verleugnen. Denn damit überläßt Ihr Aufbereitung und Begründung den Stammtischrunden und Heimatmachern. Gelingt es dagegen, die *Kongurrenzsituation aller Lohnabhängigen zu (gegen-)einander*, und eben nicht "die Ausländer" als ihre Wurzel einer vermehrten Öffentlichkeit aufzudecken, so ist Solidarität weniger Sache der Moral als der Einsicht. Dies sollte eigentlich schon aus meinem Leserbrief (TATblatt-minus82) hervorgehen.

(1) den Vorschlag eines lesebriefs (TATblatt-minus81) aufgreifend, nicht-sexistisch statt bi-sexistische Endungen zu gebrauchen.

(2) um weitere Mißverständnisse vorzubeugen: Von diesen aus der *Kongurrenz am Arbeitsmarkt entstehenden Ängsten (die ja prinzipiell nichts ausländerspezifisches ansich hätten) unterscheide ich Berührungsängste vor "Fremdartigen" (dazu zählen nicht nur Ausländer) . Letztere "berechtigt" zu nennen ist rechtsextreme Diktion. Ein - ich kenn kein anderes - Mittel sie abzubauen ist die Förderung vermehrter persönlicher Kontakte (wie mit Eurem Grätzfest geschehen).*

Termine:

Wien:

Jeden letzten Dienstag im Monat im C.I.:
**Mieterinitiative gegen Sanierungs-
spekulation**

**Mietrechtsberatung des C.I. Jeden Mo
und Do ab 18 Uhr**

Sprachkurse ab sofort in Kleingruppen
oder einzeln

C.I., 16, Payergasse 14

Mittwoch, 13. Dezember; 20 Uhr

"Alltag in Palästina"

Diavortrag von El Awadalla

BACH, 16, Bachgasse 21

Donnerstag, 14. Dezember; 18 Uhr

**"Durchhaus Österreich — Gewinner
und Verlierer der Transitpolitik"**

mit **BM STREICHER, H. FRIEDRICH
(Bundeswirtschaftskammer), E.
BAUMGARTNER (Spediteur), B.
STANGEL (ARGE Stop Transit), F.
GURGISER (Komitee Vomp), ...**
Hotel Marriott, 1, Parkring 12a

Donnerstag, 14. Dezember; 19 Uhr

**"Die Frage des Austausches der
Kriegsgefangenen zwischen Irak und
Iran — völkerrechtliche und humanitä-
re Aspekte"**

Vortrag von Dr. Hans KÖCHLER

Büro der Arabischen Liga, 3, Grimmels-
hausengasse 12

Donnerstag, 14. Dezember; 19.30 Uhr

**"Summerhill und ihre Schwestern"
Bericht über eine internationale Kon-
ferenz von Alternativ-Schulen**

Amerlinghaus Galerie, 7, Stiftgasse 8

Samstag, 16. Dezember; 19 Uhr

**Namibia-Solidaritätsveranstaltung
mit Afro-Rhythmen**

(Weihnachtsbazar ab 14 Uhr)

C.I., 16, Payergasse 14 (Brunnenmarkt)

Samstag 16./Sonntag 17. Dezember, 19
Uhr

"Home Art"

kult-farbik, 14, Matznergasse 8

Montag, 18. Dezember; 19-21 Uhr

"Frauenbewegung in Frankreich"

FrauenWeltZentrum, 13, Bergheiden-
gasse 5-19

Dienstag, 19. Dezember; 17 Uhr

**1. Treffen für ein selbstverwaltetes
Café im Lainzer Altersheim**

TATblatt, 6, Gumpendorferstr. 157/11

Mittwoch, 20. Dezember; 19.30 Uhr

"Palästinensischer Staat"

Podiumsdiskussion

BACH, 16, Bachgasse 21

Freitag, 22. Dezember, 21 Uhr

**Marwan ABADO — engagierter Lieder
und Gedichte aus Palästina**

BACH, 16, Bachgasse 21

Freitag, 29. Dezember; 21 Uhr

Silvesterfest, Disco

BACH, 16, Bachgasse 21

Montag, 8. Jänner; 19-21 Uhr

"Neofeminismus in Jugoslawien"

FrauenWeltZentrum, 13, Bergheiden-
gasse 5-19

Freitag, 12. Jänner; 18.30 Uhr

**Gesellschaftliche Gleichberechtigung
und Wertschätzung der Frau in der So-
wjetunion**

IWK, 9, Berggasse 17/1

Samstag/Sonntag 13./14. Jänner

**Symposium "Frauenkunst — Fraue-
nalitag"**

**Überlegungen zum feministischen
Kunstabgriif**

Genaueres Programm anfordern!

FrauenWeltZentrum, 13, Bergheiden-
gasse 5-19

Montag, 15. Jänner; 19-21 Uhr

"Frauen in Nicaragua"

FrauenWeltZentrum, 13, Bergheiden-
gasse 5-19

Freitag, 19. Jänner/Freitag, 26. Jänner;

Seminar "Schuldenberatung"

für Frauen aus Frauenprojekten etc.,
Anmelden bis 31. Dezember bei Gerda

Koszky, 34 35 20/246DW

GPA, 1, Deutschmeisterplatz 2

Salzburg:

Donnerstag, 14. Dezember; 19 Uhr

"Kostenwahrheit im Verkehr"

**Der Öko-Bonus als marktwirtschaftli-
ches Instrument im Umweltschutz**

**Vortrag mit Diskussion, VCÖ-Veran-
staltung**

Nat.wiss. Fakultät der Uni, HS 402, Hell-
brunnerstraße 34

Niederösterreich:

Donnerstag, 14. Dezember; 19 Uhr

"Südafrika im Wandel?"

Diskussion

Kino Wieselburg

Graz:

Donnerstag, 21. Dezember; 19.30 Uhr

"Fremde — Vorurteile — Feindbilder!"

**Flüchtlinge und Fremde im Spiegel
der Medien**

Verein Brücke, Grabenstraße 33

ACHTUNG!

Die im letzten TATblatt
für den 15. Dezember
angekündigte Demo
gegen die »Grauen
Wölfe« findet nicht
statt.

Der
Erlagschein
steht
vor
der
Tür

zahlen daher
auch Sie aus-
giebig auf
P.S.K.7547212
(Unabhängige
Initiative Infor-
mationsvielfalt)



TATblatt

Betrifft: TATblatt

Es ist irrsinnig viel los auf der Welt! Selbst wir kamen da nicht umhin, einen Teil davon wahr zu nehmen. Und so fehlt in diesem TATblatt zwar wieder viel mehr als uns lieb ist, aber das was drinnen ist, ist auch mehr als normal wär'.

Warum viele wichtige Sachen fehlen, liegt einmal mehr an den verschiedensten Gründen:

Zum Einen weil wir es nicht schaffen, alles selbst zu bearbeiten. Das TATblatt ist von der Konzeption und der Praxis her einfach von Artikel, die »von außen« kommen, angewiesen. Mit dem Willen zur Zusammenarbeit ist es aber mit vielen — auch durchaus eng befreundeten — Gruppen nicht so weit her, weil offenbar doch lieber alle in der eigenen Suppe schwimmen, als irgendwie ein bisschen über die eigenen Bereiche hinauszuarbeiten. Wenn das TATblatt so laufen soll, wie es laufen soll, muß da noch vieles ins Laufen kommen.

Ein anderer Grund warum einiges nicht drinnen ist, liegt darin, daß viele Artikel und Materialien einfach zu spät bei uns einlangen. Es ist uns einfach unmöglich, die ganze Zeitung in einer Stunde zu tippen, nur weil alle Artikel erst 2 Tage nach der allerletzten Sekunde kommen. Und dann gibt es noch einen ganz komischen Grund für das Fehlen vieler wichtiger Sachen, und der liegt darin, daß wir oft so viele wichtige Sachen bekommen, daß wir sie gar nicht alle bringen können. Die Auswahl der Artikel ist gar nicht so einfach, und vielleicht nicht gerade unsere große Stärke. Das vorliegende TATblatt ist ohnehin schon dicker, als wir

es uns eigentlich leisten können. Denn dank des einen Blattes mehr, steigen unsere Produktionskosten, ohne daß die Einnahmen mitsteigen.

Worauf wir an dieser Stelle wieder einmal hinaus wollen ist wie immer zweierlei:

1.) daß wir überfordert sind, mit allem zusammen. Und aus diesem Grunde, und weil sich das Jahr ohnehin zu Ende neigt, machen wir jetzt eine Pause, und zwar eine ordentliche: **Dieses ist das letzte TATblatt im 1989er Jahr. Das nächste TATblatt erscheint erst am 15. Jänner 1990!**

Wie jedesmal, wenn wir groß von Pause reden, gibt es für uns auch diesmal wieder einen Wehrmutstropfen. Nämlich, daß wir dringend Geld aufstellen müssen. Die reingesteckten Gelder fürs neue Büro müssen zurückgezahlt werden, ab Jänner müssen wir die volle Miete zahlen (bis Ende Dezember hatten wir nur für die sogenannten Betriebskosten aufzukommen) und die anderen laufenden Kosten sind ja auch nicht ohne. (Damit sind wir auch schon bei Punkt 2 von zweierlei)

Etwas mehr Geld und etwas bessere Arbeitsaufteilung, und wir könnten wöchentlich erscheinen... WelcheR kann sich da noch zurückhalten, zu »spenden?«, welcheR kann sich da noch zurückhalten, uns laufend mit Informationen und Artikel zu versorgen, beizutragen, das TATblatt bekannt zu machen und an die Leute zu bringen...

Das TATblatt ist — zum hunderttausendsten Mal — kein professionelles Unternehmen (wollen wir auch nicht im Geringsten sein) und für die Arbeit gibt es keinen Gehalt (würden wir schon wollen). Das TATblatt ist vielmehr ein politisches Projekt, das von Mitarbeit und solidarischer Beteiligung und Unterstützung abhängig ist.

In diesem Sinne

viel Liebe, Kraft und Sonnenschein
im neuen Jahr und immerdar

Einer vom TATblatt-Kollektiv

P.S.: Der Kloschlüßl ist schon wieder aufgetaucht.

Betrifft: TATblatt- Krimiserie

Wo verlaufen sich die Spuren des Mathias N.?

(TATblatt-Wien)

Mathias N.'s Spuren verliefen in den letzten Tagen mutmaßlich im Sand. Wir schwelgen selbst im Unklaren darüber, wo die Ursache zum Suchen ist, daß wir in diesem TATblatt entgegen den üblichen Gewohnheiten **nicht** auf den Spuren des Mathias N. herumlesen können. KeineR weiß, ob er in ernsthaft Schwierigkeiten mit der behördlichen Welt gekommen ist, oder ob er zwecks Vorbereitung neuer neujährlicher Umtriebe überraschend in den Untergrund verschlich, oder ob er bloß bei seinem, im vorigen TATblatt beschriebenen Fahrradausflug — wie befürchtet — keinen Zug nach Wien mehr erwisch hat. Wurde Mathias N. Opfer des Nebenbahnsterbens? Oder aber fiel er gar dem penetranten Platzmangel im TATblatt zum Opfer?

Auf alle Fälle — wir können es drehen und wenden wie wir wollen: Es findet sich diesmal auf keiner einzigen, der ohnehin mehr gewordenen Seiten dieses TATblatts auch nur die leiseste Fortsetzung unseres Fortsetzungsromans. Wir werden alles tun, um Mathias' Spuren wieder aufzufinden und uns sodann an selbige heften, um im nächsten TATblatt wieder reinen Herzens schreiben zu können: *»Hoppala!...auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.«*

~~Sachdienliche Hinweise sind erbeten an die nächste Sicherheitsdienststelle oder an eines unserer Aufnahmestudios.~~

Bundesrepublik
Deutschland

PKK-Prozeß

Zum 129a-Prozeß gegen Mitglieder und SympathisantInnen der kurdischen Guerrillaorganisation PKK erscheint — obwohl es wichtig wäre, zu berichten — leider auch diesmal nichts. Wegen Überforderung des zuständigen TATblatt-Mitarbeiters.

**Das nächste TATblatt erscheint auf Grund der
Jahreswechselfpause erst am 15. Jänner 1990!**

TATblatt

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten, die derzeit alle vierzehn Tage erscheint.

Das TATblatt versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schick uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der AutorInnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die AutorInnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die VerfasserInnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen – um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche, welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten – werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz und Linz:

TATblatt-Wien:

NEUE ADRESSE:

1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11
Telefon (ab 22. Dezember): (0222) 57 49 543

TATblatt-Plenum:

jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Café:

jeden Montag um 16Uhr

die ideale Möglichkeit in ungezwungenem Gespräch das TATblatt »von innen« kennenzulernen (alle zwei Wochen verknüpft mit dem Zusammenlegen und Versenden des neuen TATblatts)

TATblatt-Graz:

c/o Schopper-Leder; Kastelfeldgasse 34
Treffen jeden ersten Donnerstag nach Erscheinen, 19 Uhr (nächstesmal: 13.12.)
Infos: Telefon (0316) 83 57 79

TATblatt-Linz:

Treffen: jeden 1.Mittwoch im Monat um 17 Uhr
Andreas Hofer Stüberl; Andreas Hoferplatz 3; 4020 Linz

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

An:

Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt

1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 57 49 543 (ab Dez 1989)
Bankverbindung/Konto: PSK 7547 212
DVR Nr: 0558371
Druck: Eigendruck

Das TATblatt im Abo

Ein TATblatt-Abonnement kostet innerhalb Österreichs S 96. – für zehn Ausgaben, oder S 190. – für zwanzig Ausgaben. Ein Auslandsabo kostet S 150. – (10 Ausgaben) bzw S 300. – (20 Ausgaben).

Die Abos gibt's nur gegen Vorauszahlung! Also einfach Erlagschein ausfüllen und einzahlen. Sobald das Geld bei uns ist, beginnt das Abo zu laufen.

Außerdem gibt es auch die Möglichkeit eines Förderabos: Du bestimmst selbst, wieviel du zahlen möchtest (mindestens na-

türlich S 97. – für zehn respektive S 191. – für zwanzig Ausgaben, im Ausland mindestens S 151. – bzw S 301. –... eh klar, oder?).

Am Besten die Erlagscheinvordrucke, wie sie jedem TATblatt beiliegen, wenn sie nicht herausgefallen sind, verwenden. Ansonsten bitte wie folgt ausfüllen:

Konto: P.S.K. 7547 212; Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; Verwendungszweck: Abo (Förderabo) für ...Nummern; usw...

Mitgliedschaft

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1. – pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30. – Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfa-

chen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns noch heute eine Postkarte!

Einzelverkaufsstellen

Wien:

Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- VKA (6, Stiegegasse 20)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Litera Tours (9, Kolingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48)

Bio- und »3. Welt«-Läden

- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Straße 18-24)
- Bioladen Makrokosmos (8, Strozzigasse 38)
- Natürlich Naturkost (9, Marktgasse 21)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

Beisln:

- TU-Club (4, Paniglgasse 1) VORÜBERGEHEND ABGEBRANNT
- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)

- KOMM 24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24; täglich 14 bis 17 Uhr)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H./Stadtteilzentrum Ottakring (16, Bachgasse 21)

außerdem:

- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schottengasse 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller; geöffnet nur Di & Do 17-21 Uhr, Mi 15-19 Uhr)

Graz:

- Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn. Fachbuchhandlung SPECTRUM (Schörgelgasse 9)

Linz:

- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Bad-Café (Badgasse 7)

Schwertberg:

- Kulturverein Káanal (Schwertberg, Josef-tal 21)

Waidhofen an der Thaya

- Buchhandlung Buscher (Bahnhofstr 28)

Das nächste TATblatt erscheint ausnahmsweise erst am 15. Jänner

Redaktionsschluß für diese Nummer ist am 9. Jänner